

BERLINER RUNDSCHAU

BERLINER POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

5. Jahrgang, Sonderausgabe 14. November 1974



Peter Lorenz, 1. Landesvorsitzender der CDU Berlin.

Das CDU-Parteiprogramm:

Für Berlins sichere Zukunft

Der Landesausschuß der Berliner CDU hat einer Fortschreibung des im Jahre 1970 verabschiedeten Parteiprogramms „Berlin 1970—1980“ zugestimmt. Die BERLINER RUNDSCHAU veröffentlicht in dieser Sonderausgabe das überarbeitete Parteiprogramm der Berliner CDU als Informationshilfe für alle interessierten Berliner Bürger und für Gruppen und Verbände, die die Grundsätze der Politik der Berliner CDU im einzelnen untersuchen wollen.

In folgendem Vorwort erläutert der Landesvorsitzende der Berliner CDU, Peter Lorenz, die programmatischen Zielsetzungen seiner Partei:

Es ist noch gar nicht so lange her, daß in Wahlkämpfen die Sachaussagen der Parteien nur eine untergeordnete Rolle spielten. In den letzten Jahren hat sich in dieser Hinsicht beim Wähler ein bemerkenswerter Bewußtseinswandel vollzogen. Das politische Geschehen stößt heute auf ein breiteres Interesse in der Bevölkerung. Die Menschen sind kritischer und wachsender geworden, und die politischen Parteien werden heute in viel stärkerem Maße vom Bürger herausgefordert, als das früher der Fall war.

Nun ist es nicht ungewöhnlich, daß in Zeiten politischer und wirtschaftlicher Unsicherheit das Interesse an der Politik zunimmt. Neu aber ist der nüchterne Grundzug, der dieses Interesse derzeit begleitet. Die Bürger lassen sich nicht mehr vom bloßen Wortgeklänge beeindruckt. Die Menschen stellen an die Politiker präzise Fragen und klopfen sehr genau die Antworten, die sie erhalten, auf ihren Gehalt an Wahrheit und Glaubwürdigkeit ab.

Neu ist auch, daß die Ideologen keine Chance mehr haben. Blütere Theoretiker haben in der Praxis so viel Schaden angerichtet, daß die Bürger zu Recht mißtrauisch geworden sind und auf das Parteiprogramm der Ideologen allergisch reagieren. Neu ist ferner, daß der von SPD und FDP kultivierte Fortschrittsglaube seine Faszination eingebüßt hat. „Progressivität“ hat sich als Schlagwort entlarvt, das wirklichen Fortschritt oft behindert, und es ist deutlich geworden, daß mit dem Wort „Reform“ viel vordergründige Propaganda getrieben wurde. Es ist eben nicht damit getan, mit der eigenen Fortschrittlichkeit zu protzen und Reformen auf dem Papier anzubieten. Man muß sie auch verwirklichen können.

Diese Entwicklung bestätigt den Kurs, den die CDU auch gegen einen modischen Zeitgeist durchgehalten hat. Ihre Reformpolitik war auf Augenmaß, einer nüchternen Einschätzung der finanziellen Möglichkeiten des Staates und der Fähigkeit aufgebaut, die Spätfolgen einer Reform rechtzeitig vorhersehen zu können. Die 1970 beschlossenen programmatischen Grundsätze brauchten deswegen jetzt nicht umgeschrieben zu werden. Sie sind aktuell geblieben und haben noch an Bedeutung gewonnen, weil sie der Ausgangspunkt für die Reformen mancher sozialdemokratischer „Reformen“ insbesondere im Hochschulbereich sein werden.

Schwerpunkte der CDU

Meine politischen Freunde und ich haben allerdings bei der Fortschreibung unseres Programms ernsthaft überlegt, ob wir nicht größere Abstriche von unserem Maßnahmenkatalog machen müssen. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik von SPD und FDP hat auch leere Staatskassen zur Folge, so daß viele unserer im Jahre 1970 aufgestellten Ziele in der Zukunft nur unter großen Schwierigkeiten und sicherlich nicht von heute auf morgen zu erreichen sein dürften. Wir haben uns aber entschlossen, unsere wichtigsten Forderungen aufrechtzuerhalten. Dieses jetzt vorliegende Programm ist kein Regierungsprogramm, sondern ein Parteiprogramm. Der interessierte Leser soll erkennen können, wo die CDU ihre Schwerpunkte in der Politik setzt und auch welche langfristigen Ziele sie sich gesteckt hat.

Ein von der CDU gestellter Senat wird aber Prioritäten und kurz-, mittel- und langfristige Finanzplanungen aufzustellen haben. Angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage, die durch Preissteigerungen, Arbeitslosigkeit und eine ungünstige Entwicklung der Steuereinnahmen gekennzeichnet ist, wird sich ein solches Regierungsprogramm durch Sparsamkeit und die Begrenzungen der öffentlichen Dienstleistungen auf ein vertretbares Maß auszeichnen müssen. Überspitzte Wün-

sche, von welcher Seite sie auch immer erhoben werden, müssen im Interesse aller energisch zurückgewiesen werden.

Im vorliegenden Programm ist die durch das Viermächteabkommen für Berlin entstandene Lage berücksichtigt worden. Die Berlin-Regelung hat bisher nicht die von vielen erhofften neuen Impulse und Funktionsgewinne für Berlin gebracht, die notwendig sind, um der Stadt und ihren Bewohnern eine gesicherte Zukunft zu garantieren. Hier sind die Anstrengungen der Berliner Politik in den nächsten vier Jahren zu konzentrieren. Die Berliner CDU legt mit dem Programm eine detaillierte Berlin-Planung vor, mit dem Ziel, die Wirtschaft der Stadt zu fördern, die Aufgaben Berlins und seine Ausstrahlung nach außen zu erhöhen und die Attraktivität der Stadt für ihre Bewohner und für Berliner Neubürger zu verbessern.

Kein doppelter Boden

Von der Verwirklichung dieses Berlin-Planes wird nach Auffassung der Berliner CDU die Zukunftssicherung Berlins entscheidend abhängen. Das Parteiprogramm der Berliner CDU enthält Grundsatz-Aussagen auf allen Gebieten der Landes- und Kommunalpolitik. Es dient damit allen interessierten Bürgern, die Politik der CDU umfassend zu erläutern. Die CDU hat nichts zu verbergen, und sie macht keine Politik mit doppeltem Boden. Sie will die staatliche, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung, in der wir leben, verbessern und weiterentwickeln, jedoch kein neues System — auch nicht durch die Hintertür — einführen.

Möge dieses Programm mündigen Bürgern als Informationsquelle über die Ziele der CDU dienen, die als die große deutsche Volkspartei bereit und in der Lage ist, auch in Berlin Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Peter Lorenz

Der Wechsel zum Erfolg

W.T. Es ist noch nicht lange her, da prophezeiten uns Berlinern die Sozialdemokraten in Bonn und Berlin das Ende aller Schwierigkeiten, Störungen und Schikanen. Berlin sollte fortan nicht mehr Zankapfel sein, sondern sich auf eine bedeutende Rolle als Drehscheibe zwischen Ost und West vorbereiten.

Nun, die Auseinandersetzungen sind geblieben, unsere Stadt kommt nicht zur Ruhe. Jeder Berliner weiß, wer dafür die Verantwortung trägt. Die Kommunisten haben sich mit der Existenz des freien Berlins inmitten der DDR nicht abgefunden. Daran ändern alle Verträge nichts, die inzwischen geschlossen wurden. Nur, mit dieser Feststellung allein ist es nicht getan. Es waren schließlich zwei Berliner, Willy Brandt und Egon Bahr, die für die Ostpolitik verantwortlich zeichnen, zwei Berliner, die die Kommunisten kennen mußten und die doch auf sie hereingefallen sind.

Die Naivität des „Friedenskanzlers“ und der Dilettantismus des Amateurdiplomaten Egon Bahr sind von Berlin aus noch nicht quittiert worden. Dafür ergibt sich erst am 2. März 1975 politisch die Gelegenheit. Die Berliner werden sie nutzen.

Es geht nicht darum, die SPD für Vertragsbrüche des Ostens verantwortlich zu machen. Aber es ist notwendig, mit einer falschen Geisteshaltung abzurechnen, die Berlin und Deutschland geschadet hat. Sträflicher Leichtsin im Umgang mit Kommunisten ist vorzuwerfen. Wer sich diesen Vorwurf gefallen lassen muß, sollte auch in Berlin keine Verantwortung mehr tragen.

Die sozialdemokratische Geisteshaltung, die jetzt, da die Enttäuschung groß ist, am Pranger steht, drückt nicht nur der Ostpolitik ihren Stempel auf. Sie prägte eine ganze Ära deutscher Politik. Es war die Zeit des großen Wortgeklänge und der theatralischen Gesten, die Zeit der Visionen und Versprechungen. Mehr Demokratie wollte man wagen und den Frieden sicherer machen. Die Sozialdemokraten überschlugen sich vor lauter Fortschrittlichkeit. Alles sollte reformiert werden. Man fragte nicht, ob das Neue, das man an die Stelle des Bestehenden setzen wollte, vernünftig war. Hauptsache, es war neu. Man fragte auch nicht nach den Kosten dieser Reformen. Deutschland war ja so reich.

Und dann wurde in einer beispiellosen Art und Weise das Kapital verschleudert. Die Oder-Neiße-Linie wurde anerkannt, ohne daß dafür die Ausreise aller noch in den Ostgebieten lebenden Deutschen vereinbart werden konnte. Die DDR wurde international hoffähig gemacht, aber man erreichte nicht, daß die andere Seite die zwischen Berlin und dem Bund bestehenden engen Bindungen vorbehaltlos anerkannte.

Im Innern verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage, und die Preise kletterten in die Höhe. Für die groß und breit angekündigten inneren Reformen fehlte bald das Geld, oder sie gingen in ideologischen Auseinandersetzungen unter. Wirklich gut waren die Sozialdemokraten nur in der grauen Theorie. Ihre Energien verbrauchten sie im heißen innerparteilichen Streit um den rechten Weg zum linken Sozialismus. Derweilen eroberten die Kommunisten die Universitäten und immer wieder für Stunden die Straßen der Innenstädte.

Ja, und dann platzten eben die bunten Fortschrittsballons der SPD im scharfen Wind der Weltpolitik, und die Tüme wusch der kalte Krisenregen ab. Das Idol Willy Brandt verlor seinen Glanz und wurde ausgewechselt. In allen auf die letzte Bundestagswahl folgenden Landtagswahlen zeigten die Bürger der SPD und ihrem Juniorpartner FDP die kalte Schulter. Ernüchterung macht sich im Volke breit.

Die Menschen haben von der ganzen sozialliberalen Progressivität die Nase voll. Augenmaß, Sparsamkeit und Solidität sind wieder gefragt. Die falschen Propheten des ewigen Fortschritts und des schönen Lebens sind entlarvt. Dies gilt nicht zuletzt für die Berliner Szene. Zwar tragen jetzt die Berliner Sozialdemokraten einen ausgesprochen Biedermanns-Look, und sie geben sich grimmig gegenüber dem Osten. Aber die Reden von früher klingen noch im Ohr. Und der Steglitzer Kreis bleibt ein abschreckendes Mahnmal für die Folgen unseriöser und unsolider Politik. Auch die Berliner SPD kann sich nicht am eigenen Schopfe aus dem Sumpf ziehen, den sie selbst angelegt hat. Verfüllung und Parteibuchwirtschaft lähmen diese Partei, Gigantomanie verklebt die politische Optik, und falsche Reformen zwingen zur „Reform der Reform“ schon wegen der Kosten und damit zum Eingeständnis des eigenen Scheiterns.

Der Wechsel ist fällig. Die Berliner SPD regiert nun 27 Jahre lang. Jetzt ist sie verbraucht. Nur die CDU bietet sich als echte politische Alternative an. Denn wer FDP wählt, hilft nur Herrn Schütz, sich für weitere vier Jahre an der Macht zu halten. Das gilt auch für jeden, der seine Stimme an eine Splittergruppe verplempert.

Neue unverbrauchte Kräfte werden jetzt benötigt, um erst einmal aufzuräumen, dann eine Bestandsaufnahme zu erstellen und schließlich die Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, in Berlin unter veränderten Bedingungen eine neue solide Zukunft zu garantieren. Nur die CDU ist dazu in der Lage. Wer am 2. März CDU wählt, wählt den Wechsel zum Erfolg, nachdem alle anderen Wechsel geplatzt sind.

Diese Sonderausgabe ist in folgenden Geschäftsstellen der Berliner CDU erhältlich:

Charlottenburg:

Berlin 10, Otto-Suhr-Allee 100, Rathaus, Zimmer 229b (CDU-Fraktion BVV), Tel. 341 35 34, geöffnet Montag bis Freitag 8.30 bis 16 Uhr.

Kreuzberg:

Berlin 61, Schenkendorfstr. 1, Tel. 691 86 96, geöffnet Dienstag und Freitag 14 bis 18 Uhr.

Neukölln:

Berlin 44, Donaust. 99, Tel. 687 22 63, geöffnet Montag und Donnerstag 12 bis 20 Uhr, Dienstag und Freitag 8 bis 16 Uhr.

Reinickendorf:

Berlin 51, Alt-Reinickendorf 38, Tel. 49 82 46, geöffnet Montag und Dienstag 10 bis 18 Uhr, Donnerstag und Freitag 14 bis 18 Uhr.

Schöneberg:

Berlin 62, John-F.-Kennedy-Platz, Rathaus, Zimmer 2044 (CDU-Fraktion BVV), Tel. 783 26 51, geöffnet Montag bis Freitag 9 bis 13 Uhr.

Spandau:

Berlin 20, Hoher Steinweg 4, Tel. 333 11 33, geöffnet Montag bis Freitag 13 bis 16 Uhr.

Steglitz:

Berlin 41, Schloßstr. 42, Tel. 791 17 89, geöffnet Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.

Tempelhof:

Berlin 42, Tempelhofer Damm 165, Rathaus, Zimmer 154 (CDU-Fraktion BVV), Tel. 752 75 82, geöffnet Montag bis Freitag 9 bis 17 Uhr.

Tiergarten:

Berlin 21, Turmstr. 35, Rathaus, Zimmer 104 (CDU-Fraktion BVV), Tel. 395 27 80, geöffnet Montag bis Freitag 15 bis 18 Uhr.

Wedding:

Berlin 65, Genter Str. 9, Tel. 465 26 60, geöffnet Montag bis Freitag 9 bis 18 Uhr.

Wilmsdorf:

Berlin 31, Fehrbelliner Platz 4, Rathaus, Zimmer 3100 (CDU-Fraktion BVV), Tel. 87 80 90, geöffnet Montag bis Donnerstag 9 bis 12 Uhr.

Zehlendorf:

Berlin 37, Berliner Str. 3, Tel. 811 60 11, geöffnet Montag bis Freitag 9 bis 12 Uhr.

Landesgeschäftsstelle:

Berlin 30, Lietzenburger Str. 46, Tel. 211 60 11, geöffnet Montag bis Freitag 9 bis 17 Uhr.

Inhaltsverzeichnis

Das Programm der Berliner CDU

Präambel	Seite 1
I. Berlin - Deutschlands Hauptstadt	S. 2
II. Berlin-Plan 1980	Seite 2
III. Verkehr	Seite 3
IV. Die Wirtschaft der Stadt	Seite 3
V. Kulturzentrum Berlin	Seite 5
VI. Kongreß- und Ausstellungsstadt Berlin	Seite 5
VII. Berlin als Wissenschafts- und Bildungszentrum	Seite 5
VIII. Bauen u. Wohnen in Berlin	Seite 7
IX. Gesundheitspolitik	Seite 8
X. Umweltschutz	S. 9
XI. Jugend und Sport	Seite 9
XII. Familie	Seite 10
XIII. Der ältere Mensch	Seite 10
XIV. Soziale Hilfen	Seite 11
XV. Innere Sicherheit	Seite 11
XVI. Justizreform	Seite 12
XVII. Verwaltungsreform	Seite 12

Das Programm der Berliner CDU

Präambel

Die CDU will ein Berlin, in dem die Berliner politisch und wirtschaftlich in Sicherheit sowie in menschenwürdiger Umgebung leben. Dieses Berlin war und ist eine Weltstadt und muß es auch unter veränderten Perspektiven bleiben.

- Dazu gehört: Rückkehr zur Liberalität für jeden Bürger und jede Meinung. Abkehr vom grenzenlosen Spielraum für Extremisten.
- Dazu gehören: die Stärkung der Familie als Kernzelle der Erziehung, moderne Schulen.
- Dazu gehören: arbeitsfähige Universitäten, Freiheit für Lehre und Forschung.
- Dazu gehört: ein weltoffenes Kulturleben, das wieder Maßstäbe in Europa setzt.
- Dazu gehört: eine gesunde Wirtschaft mit gesicherten Arbeitsplätzen.
- Dazu gehört: die Bewahrung einer gesunden Umwelt, wie sie in einer Großstadt möglich ist.
- Dazu gehört: eine leistungsfähige Verwaltung, die nicht mehr länger vom Parteibuch abhängen darf.
- Dazu gehören: Vertrauen und Fairneß gegenüber den westlichen Schutzmächten, denen Berlin seit der Blockade seine Existenz verdankt und die Freunde der Berliner sind.

Berlin braucht, um wieder zu werden, was es einmal war, einen Senat, der entschlossen ist, die politischen Interessen dieser Stadt und ihrer Bürger geradlinig zu vertreten — in Berlin und in Bonn.

I. Berlin — Deutschlands Hauptstadt

1. Ziel deutscher Politik

30 Jahre nach dem Kriege ist Deutschland noch immer widernatürlich geteilt. In einem Teil des Landes werden die elementaren Menschenrechte versagt. Diese Tatsachen bestimmen die Ziele der deutschen Politik.

2. Keine völkerrechtliche Anerkennung

Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland würde die deutsche und europäische Teilung erhärten und ist deshalb kein Element einer dauerhaften, gerechten Friedensordnung. Eine völkerrechtliche Anerkennung gefährdet darüber hinaus die Existenz des freien Berlins.

3. Berlin-Regelung

1971 ist es zum Abschluß von Vereinbarungen über Berlin gekommen, die 1972 in Kraft traten. Ziel dieser Vereinbarungen war eine vernünftige und dauerhafte Berlin-Regelung als Voraussetzung für eine erträgliche Gestaltung des Ost-West-Verhältnisses.

Die Praxis hat gezeigt, daß die Vereinbarungen allein nicht geeignet sind, für Berlin eine krisen- und konfliktfreie Zukunft zu sichern, weil nach wie vor der politische Wille kommunistischer Länder maßgebend ist für den Grad der Entspannung. Die östliche Zielsetzung, Berlin zu isolieren, die in 30 Jahren immer wieder zu Berlin-Krisen führte, ist auch heute noch erkennbar.

Es bleibt deshalb eine entscheidende Aufgabe deutscher Politik, kommunistische Aktionen gegen Berlin abzuwehren und die nicht befriedigenden Vereinbarungen zu verbessern.

4. Bindungen an den Bund

Ausgehend von der Einheit Deutschlands wurde Berlin 1945 unter Vier-Mächte-Verwaltung gestellt. Durch die Ausbreitung des Ost-West-Konfliktes wurde Berlin zu einer Insel inmitten kommunistischer Umgebung.

Ohne Zugehörigkeit zur Bundesrepublik Deutschland verliert die Stadt ihre Existenzgrundlage.

Berlin steht als Hauptstadt Deutschlands unter besonderer Verwaltung der vier Mächte. Nach deutschem Willen ist das freie Berlin ein Land der Bundesrepublik Deutschland und lebt in gewachsenen politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, finanziellen und kulturellen Verflechtungen zum Bund.

Die Gesamtheit der Bundespräsenz ist selbstverständlicher Ausdruck dieser Verflechtung. Die Berliner CDU wird sich jedem Versuch widersetzen, die vom Willen der Berliner getragene Bindung zum Bund zu beeinträchtigen.

5. Zugangswege

Die Beweglichkeit der Menschen hinsichtlich ihres Wohnsitzes, Arbeitsplatzes und Urlaubsortes ist selbstverständlich geworden. Die Funktionsfähigkeit einer modernen Gesellschaft hängt von einem geregelten Verkehr ab.

Der Verkehr von und nach Berlin ist seit 1945 auf den Landwegen Schikanen und Behinderungen ausgesetzt. Trotz nünmehr vertraglich vereinbarter Regelungen kommt es immer wieder zu Störungen des Transitverkehrs durch die östlichen Kontrollorgane. Die Zugangswege sind ein Ansatzpunkt für kommunistische Pressionen geblieben. Diese Tatsache schadet der Lebensfähigkeit Berlins.

6. Reise- und Besuchsregelung

Besonders widernatürlich und schmerzhaft ist die Trennung West-Berlins vom Ostteil der Stadt und vom natürlichen Hinterland. Insbesondere hat der Bau der Mauer Familien auseinandergerissen, persönliche und fachliche Kontakte, die in unserer Welt eine Selbstverständlichkeit sind, zerstört und einen offenen Dialog der Meinungen unmöglich gemacht.

Trotz der eingetretenen Verbesserungen sind viele Wünsche offengeblieben. Lebendiger Austausch, wie er international üblich ist, wird überdies durch die einschränkende Praxis Ost-Berlins verhindert.

Freiheit und Einheit für das ganze Volk in freier Selbstbestimmung zu erringen, ist Aufgabe der deutschen Politik.

Die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands erfordert, daß die Teilung Europas durch die Errichtung einer europäischen Friedensordnung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker überwunden wird.

Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Staaten können nicht besser sein als die Lage in und um Berlin. Da alle Vereinbarungen Klauseln und Vorschriften enthalten, die grundsätzlich oder an Hand der gemachten Erfahrungen Verbesserungen zulassen, fordert die Berliner CDU energische Maßnahmen zur vollen Ausschöpfung aller Möglichkeiten dieser Vereinbarungen zur Sicherung der Zukunft Berlins.

Die Berliner CDU fordert die Aufhebung des unmenschlichen Schießbefehls. Er verstößt in krasser Weise gegen den im Berlin-Abkommen vereinbarten Gewaltverzicht.

Die Berliner CDU fordert die Erhaltung und sinnvolle Weiterentwicklung der Bindungen an den Bund. Maßstab dieser Weiterentwicklung ist die Erhaltung des hauptstädtischen Charakters Berlins und die Vertiefung der rechtlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einheit mit dem Bund. Das freie Berlin darf keine selbständige politische Einheit werden; seine Bewohner dürfen keine gesonderte Staatsangehörigkeit haben.

Das freie Berlin wird im Rahmen der alliierten Verantwortung außenpolitisch und in internationalen Organisationen vom Bund vertreten. Die Botschaften, Handels- und Kulturmissionen der Bundesrepublik Deutschland nehmen auch die Interessen Berlins wahr.

Die Berliner CDU fordert die Anwendung aller in den Vereinbarungen vorgesehenen Möglichkeiten, um künftige Behinderungen auszuschließen. Freie Zugangswege in der Luft sind nach wie vor eine wesentliche Voraussetzung für die Existenz Berlins. Deshalb ist die Erhaltung des Verkehrs in den alliierten Luftkorridoren notwendig.

Der Zustand der Zugangswege ist zum Teil mangelhaft. Die technisch unzulänglichen Streckenabschnitte sollten zügig verbessert und ausgebaut werden.

Eine zu geringe Zahl von Übergängen und ungeeignete Wege bewirken Umwege und Zeitverluste, die behoben werden müssen. Insbesondere ist der Bau einer Autobahn nach Hamburg dringend notwendig.

Die Berliner CDU fordert:

1. Die volle Erfüllung der Vereinbarung, insbesondere:
 - die Rücknahme der von der DDR geübten Praxis, einzelnen Personen entgegen der Vereinbarung die Einreiseerlaubnis zu verweigern;
 - die Aufhebung der in der DDR getroffenen Maßnahmen, die antragsberechtigten Bewohner der DDR in großem Umfang daran hindern, sich als Gastgeber anzubieten;
 - die Rückkehr zu der von beiden Seiten formulierten und abgestimmten Regelung des Mindestumtausches, wie sie in der Erklärung der Regierung der DDR vom 20. Dezember 1971 festgelegt ist.
2. Die Vereinfachung des Genehmigungsverfahrens für Reisen und Besuche derart, daß
 - die Beschränkung auf 30 Tage jährlich entfällt;
 - zumindest bei eintägigen Fahrten nach Ost-Berlin und in die DDR gegen Vorlage des Behelfsmäßigen Personalausweises bzw. eines sonst in Artikel 2, Abs. 3, der Vereinbarung vorgesehenen Dokumentes unmittelbar und sofort an den Übergangsstellen die Ein- und Ausreiseerlaubnis erteilt wird und damit wirkliche Sofortbesuche möglich sind.
3. Die Verbesserungen der Aufenthaltsbedingungen derart, daß
 - die Aufenthaltsgenehmigung generell für das gesamte Gebiet der DDR und für Ost-Berlin gültig ist;
 - auch die Einreise in sogenannte Sperrgebiete möglich wird;
 - die Erledigung der Anmeldeformalitäten bei mehrtägigem Aufenthalt erleichtert wird;
 - die Einreise an allen Übergängen von null Uhr an des jeweiligen Tages erfolgen kann;
 - auch bei eintägigen Fahrten verschiedene Übergangsstellen für die Hin- und für die Rückreise benutzt werden können; die Beschränkungen für die Benutzung eines Pkw aufgehoben werden;
 - auch die Benutzung von Booten und Fahrrädern gestattet wird.
4. Solange die DDR nicht auf die Erhebung der Straßenbenutzungsgebühren verzichtet, soll zumindest die Anrechnung dieser Gebühr bei Pannenhilfe u.ä. durch Einrichtungen der DDR vereinbart werden.

7. Innerberlinische Kommunikation

Entspannung und Zusammenarbeit zwischen Ost und West — besonders im Raum Berlin — hängen weitgehend vom freien Austausch von Informationen und Meinungen ab. Informationsdurchlässigkeit darf nicht nur in einer Richtung bestehen, und Zusammenarbeit darf sich nicht auf wirtschaftliche Vorhaben beschränken.

8. Friedensforschung

Berlin ist 30 Jahre lang Krisenherd der Weltpolitik. Berlin will eine gesicherte Zukunft in Frieden. Gerade an diesem Berührungspunkt machtpolitischer und ideologischer Gegensätze wird die Notwendigkeit des Friedens offenbar. Deshalb empfiehlt sich Berlin auf Grund seiner geographischen Lage und seiner politischen Bedeutung für die Errichtung eines weltweit wirkenden Institutes für Friedens- und Konfliktforschung.

9. Zusammenarbeit der demokratischen Parteien

Berlin ist weiterhin mit der Problematik seiner In-sellage belastet. Trotzdem sind die Spannungen zwischen seinen Parteien stärker, ist ihre Konfrontation härter geworden, als der Zukunft der Stadt dienlich sein kann. Das ist auch deshalb besorgniserregend, weil die Aktivitäten antidemokratischer Gruppen und ideologischer Phantasten zugenommen haben.

Offene Auseinandersetzung und gegenseitige Kritik gehören zum Wesen der Demokratie. Aber in den entscheidenden Fragen seiner Existenz ist wie einst gegen Blockade und Ultimatum Zusammenhalt und Zusammenarbeit der freiheitlich-demokratischen Kräfte des freien Berlins notwendig.

II. Berlin-Plan 1980

10. Wir müssen für die Zukunft planen, um die Gegenwart zu bewältigen

Wichtige Ziele sind:

- jedem gleiche Bildungs- und Startchancen im Beruf,
 - jedem eine abgeschlossene Wohnung,
 - jedem einen gesicherten Arbeitsplatz,
 - für jeden die Möglichkeit individueller Gestaltung seiner Freizeit,
 - jedem einen erfüllten Lebensabend,
 - jedem Schutz vor zunehmenden Umweltgefahren,
 - jedem echte Chancen demokratischer Mitwirkung in möglichst vielen Lebensbereichen — in Schule und Universität, am Wohn- und Arbeitsplatz, in Staat und Gesellschaft.
- Dies alles bedarf langfristiger, ideenreicher und zukunftsbewußter Initiativen.

Zur Verwirklichung der in einem vereinbarten Protokollvermerk vorgesehenen Verbesserungen der Kommunikation fordert deshalb die Berliner CDU:

1. die Sicherung der direkten und sofortigen Auskunftserteilung bei der Suche nach vermißten Personen durch die zuständigen Behörden;
2. den ungehinderten Erwerb von Zeitungen und Zeitschriften aus West-Berlin und Ost-Berlin in beiden Teilen der Stadt;
3. Stadtpläne und sonstiges Informationsmaterial über West-Berlin auch in Ost-Berlin der Öffentlichkeit zugänglich zu machen;
4. durch regelmäßigen Austausch von Hinweisen auf kulturelle und sportliche Ereignisse den Besuch derartiger Veranstaltungen im jeweils anderen Teil der Stadt zu erleichtern;
5. zwischen den zuständigen Fachverwaltungen in beiden Teilen der Stadt eine laufende Information über die jeweilige Stadtplanung zu vereinbaren;
6. im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau des Telefon-Direktverkehrs den Austausch von Telefonbüchern und die gegenseitige Auskunftserteilung zu vereinbaren.

Die Berliner CDU fordert die Gründung eines Instituts für Friedens- und Konfliktforschung in Zusammenarbeit mit dem Bund, Berlin, den demokratischen Parteien und den gesellschaftlichen Spitzenverbänden.

Die Berliner CDU fordert die demokratischen Parteien dieser Stadt zur Wiederherstellung des gemeinsamen Willens und zu gemeinsamem Handeln auf.

Unabhängig von den sonst vorhandenen Meinungsunterschieden müssen die demokratischen Parteien bereit sein, gemeinsam die freiheitliche Existenz Berlins zu sichern und zu mehren.

Die Berliner CDU fordert eine langfristige, vorausschauende, alle gesellschaftspolitischen Bereiche in Wechselwirkung berücksichtigende Infrastrukturplanung.

Dabei hat eine Analyse der Situation von Menschen und Gesellschaft heute und deren berechtigter und wünschbarer Erfordernisse in der Zukunft voranzugehen.

Eine Bestandsaufnahme der Situation der Berliner Wirtschaft und Vorschläge zur Verbesserung dieser Situation sind unverzüglich zu erstellen und mit den Fachvertretungen der Wirtschaft und den politischen Gremien auf breiter Basis bis zur Verabschiedungsreife zu diskutieren.

Zur Überwindung der vor uns liegenden Schwierigkeiten ist ein umfassendes 5-Jahres-Programm auszuarbeiten. Dazu ist ein Berlin-Stab der Bundesregierung zu bilden, der dem Bundeskanzler unmittelbar verantwortlich ist. Ihm sollen der Bundesbevollmächtigte in Berlin, Senatsmitglieder sowie Berliner Bundestagsabgeordnete angehören.

Der Berlin-Stab steckt den Rahmen für Hilfsmaßnahmen ab und sorgt für eine kabinetsreife Vorlage eines Förderungsprogramms.

Die Grundlagen des Förderungsprogramms sind von einer Berliner Wirtschaftskommission zu erarbeiten, die sich aus Vertretern der Wissenschaft, der Wirtschaft, der beteiligten Senatsverwaltungen und je einem Fachsprecher der im Abgeordnetenhaus vertretenen Fraktionen zusammensetzt.

Der auf Initiative der CDU beim Abgeordnetenhaus gegründete Stadtentwicklungsausschuß ist zu einer Kommission zu erweitern durch Hinzuziehung von Vertretern des Senats, der Wirtschaft und des kulturellen Lebens.

Insgesamt reicht die Einsetzung von Senats-Planungsstäben und Parlamentsausschüssen für eine wirksame Planung nicht aus. Die weitergehende Forderung der CDU bleibt, Berater-Gremien aus den Kreisen Wissenschaft, praxisbezogene Fachwelt, Verwaltung und Politik zu bilden.

Mit dem Ziel einer ausgewogenen Gesamtstruktur der Berliner Wirtschaft geht zugleich die Forderung einher,

- a) das Personal der öffentlichen Verwaltung nicht unangemessen ansteigen zu lassen, während es in der Industrie abnimmt,
- b) in der Verwaltung durch fühlbare Rationalisierung, Vereinfachung und Straffung Einsparungen zu erzielen sowie durch eine gerechte und von sachfremden Einflüssen freie Personalpolitik die Leistungen zu steigern,
- c) den Anteil des eigenen Steueraufkommens an der Haushaltsdeckung durch Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in Berlin zu erhöhen,
- d) mit Hilfe der hohen Bundeszuschüsse keine unbekümmerte Haushaltswirtschaft zu führen, sondern diese Zuschüsse insbesondere für Schwerpunktaufgaben zu verwenden.

Das kulturelle Leben Berlins ist eine Gemeinschaftsaufgabe des deutschen Volkes. Die Verantwortung für die überregionalen wissenschaftlichen und künstlerischen Einrichtungen der Hauptstadt ist nicht allein Sache Berlins. Als Träger dieser Gemeinschaftsaufgabe bietet sich nach dem Beispiel der Stiftung „Preußischer Kulturbesitz“ unter wesentlicher Mitbeteiligung Berlins eine Stiftung „Nationalwerk Deutsche Hauptstadt“ an, die aus Bund, Ländern und anderen Körperschaften zu bilden ist.

11. Die Wirtschaft braucht Anreize

Der Ausbau der Industrie und die Vermehrung von Freizeiterholungsflächen lassen sich auf beschränkter Fläche nicht gleichzeitig verwirklichen, wenn nicht Auswege gefunden werden.

12. Lebendige Demokratie

Demokratie ist ein dynamischer Prozeß. Die unmittelbare Beteiligung der betroffenen Bürger ist stets dem wachsenden Bildungsstand der Gesellschaft und den wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten anzupassen.

13. Moderne Verfassung

Die im Jahre 1950 verabschiedete Verfassung von Berlin entspricht in vielen Punkten nicht der durch das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in Berlin geprägten Verfassungswirklichkeit.

14. Parlamentsreform

Die klassische Vorstellung, nach der das Parlament in seiner Gesamtheit der jeweiligen Regierung gegenübersteht, entspricht nicht der politischen Wirklichkeit. Vielmehr müssen Regierung und die die Regierung stützenden Teile des Parlaments als Einheit verstanden werden. Kontrolle ist heute Aufgabe der Opposition. Ihre Arbeitsbedingungen müssen dementsprechend verbessert werden.

15. Wahlrecht

Die parlamentarische Arbeit erfordert immer größere Sachkenntnis der Abgeordneten. Durch das von der CDU wesentlich beeinflusste neue Berliner Wahlrecht ist es leichter möglich, Fachleute in das Parlament zu wählen.

Unterschiedliche Regelungen für eine Mitgliedschaft im Abgeordnetenhaus bestehen noch für Angehörige des öffentlichen Dienstes. Während Landesbeamte und -angestellte, Richter und Wahlbeamte dem Parlament nicht angehören dürfen (Inkompatibilität), können alle anderen öffentlichen Bediensteten neben ihrer beruflichen Tätigkeit ein Abgeordnetenmandat ausüben. Diese Ungleichheiten müssen abgebaut werden.

16. Jugend und Gesellschaft

Eine Generation ist herangewachsen, deren politische Wertvorstellungen von den politischen, ökonomischen und sozialen Realitäten im Nachkriegsdeutschland geprägt sind. Sie versucht, sich mit diesen Realitäten kritisch auseinanderzusetzen.

Unserer Gesellschaft ist es nicht immer gelungen, den Mechanismus des parlamentarisch-demokratischen Systems und der sozialen Marktwirtschaft unverzerrt und verständlich darzustellen sowie die großen sozialen Leistungen der vergangenen 30 Jahre Jüngeren bewußt zu machen. Durch eine moderne Gestaltung der politischen Bildungsarbeit innerhalb und außerhalb von Schule und Betrieb und durch die Beteiligung der Jugend an politischen Entscheidungsprozessen könnten bisherige Versäumnisse ausgeglichen werden.

Dem Drängen der jungen Generation nach aktiver Teilnahme in Staat und Gesellschaft ist durch eine sinnvolle Aufgabenübertragung Rechnung zu tragen.

17. Berlin und seine Freunde

Berlin war im Kampf um seine Freiheit seit 1945 auf die Hilfe seiner Freunde im In- und Ausland angewiesen. Das wird in Zukunft weiter so bleiben.

Statt Hilfe ausschließlich zu fordern, sollte Berlin auch Hilfe geben, wo dies möglich ist.

Trotz gewaltigen technischen Fortschritts gibt es in unserer Welt noch viel Not: in den Entwicklungsländern, in europäischen Slums, unter Alten, Kranken und Gebrechlichen in Deutschland.

Eine sachlich und regional gegliederte, vom Land Berlin geplante, geförderte und geleitete, unter Umständen nach Partnerschaftsbereichen geordnete soziale Hilfe der verschiedensten Arten wäre ein Beitrag.

III. Verkehr

18. Fernverkehr

Nach Abschluß des Transitabkommens ist die Verbesserung der Verkehrsverbindungen zum Bundesgebiet und deren Ausbau zu technisch hochwertigen Transportwegen eine entscheidende Voraussetzung für die Erhaltung und den Ausbau der Bindungen Berlins zum Bund.

Die Berliner Wirtschaft benötigt auch in Zukunft öffentliche Hilfen. Anreize für die Ansiedlung moderner Industrien müssen weiterhin gewährt werden, damit die Lebensbasis der Stadt gefestigt und vergrößert wird.

Um die in Berlin zur Verfügung stehenden Flächen so intensiv wie möglich zu nutzen und zusätzliches Gelände für Freizeiterholungszwecke zu gewinnen, sollte die Mehrfachnutzung von Flächen und die Verlagerung von Versorgungs- und Verkehrsbauten unter die Erde angestrebt werden.

Die Berliner CDU will Formen der demokratischen Mitentscheidung des Bürgers in allen gesellschaftlich wichtigen Lebensbereichen konsequent weiterentwickeln.

Die Berliner CDU fordert eine Neufassung der Verfassung von Berlin mit dem Ziel, die Widersprüche zu beseitigen, die in Bezug auf Geist und Buchstaben zwischen dem Grundgesetz und der derzeit gültigen Verfassung von Berlin bestehen.

Die Berliner CDU fordert eine gesetzliche Regelung zur Sicherung der Rechte und Arbeitsmöglichkeiten der Opposition. Das veränderte Parlamentsverständnis mit seinem Gegeneinander von Regierungslager und Opposition muß zu neuen Regelungen in der Geschäftsordnung führen.

Ferner fordert die Berliner CDU, den Sender Freies Berlin durch eine Änderung des Rundfunkgesetzes zu verpflichten, dem Regierungslager und der Opposition gleiche Sendezeiten zur Eigendarstellung einzuräumen.

Die Berliner CDU fordert, daß die Angehörigen des öffentlichen Dienstes grundsätzlich gleich zu behandeln sind. Sie treten mit Annahme des Mandats unter Gewährung eines entsprechenden Ruhegehaltes in den einstweiligen Ruhestand.

Die Berliner CDU fordert:

- eine Reform der Unterrichtskonzeption im Fach Politische Weltkunde;
- eine verbesserte politische Bildungsarbeit an den Volkshochschulen;
- eine intensivierte politische Bildungsarbeit in Jugendheimen und Jugendverbänden.

In allen Bereichen unserer Gesellschaft müssen die Voraussetzungen für eine bewußte Teilnahme der jungen Generation am politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß geschaffen werden. In diesem Sinne wird die Berliner CDU auch die innerparteiliche Demokratie weiter ausbauen.

Die CDU will eine Gesetzesinitiative zur Aktivierung eines freiwilligen sozialen Jahres für die Berliner Jugend ergreifen.

Die Berliner CDU will dazu beitragen, daß

- Berlin seinen Dank für vielfältige Unterstützung auf unaufdringliche Weise ableistet;
- der Wille der Freunde, Berlin weiter zu unterstützen, erhalten bleibt und verstärkt wird;
- diese Stadt neue Freunde gewinnt;
- Berlin der Verständigung, der Freundschaft und dem Frieden unter den Völkern dient;
- Berlin Zentrum deutscher Hoffnungen bleibt.

Die Berliner CDU fordert:

im Schienenverkehr

- Wiederausbau der Eisenbahnverbindung zu durchgehend zweigleisigen Strecken;
- Einsatz von Intercity-Zügen auf den Hauptstrecken nach München, Frankfurt, Hannover, Hamburg;

im Kraftfahrzeugverkehr

- Ausbau und Instandsetzung der bestehenden Autobahnverbindungen zum Bundesgebiet;
- Neubau einer Nord-West-Autobahn nach Hamburg;
- Schaffung neuer Übergänge für den Interzonenverkehr;

im Schiffsverkehr

- Bau der Elbeüberführung des Mittellandkanals;
- Freigabe des Teltowkanals in seiner gesamten Länge für die Schifffahrt;
- Vergrößerung der im Stadtgebiet liegenden Schleusen zur Aufnahme großtönniger Lastschiffe der Europa-Klasse;

im Luftverkehr

- Einbeziehung Berlins in das internationale Flugverkehrsnetz.

19. Der städtische Verkehr

Verkehrspolitische Entscheidungen werden die gesellschaftspolitischen Entwicklungen der Zukunft mitbestimmen.

Bei der Verkehrsplanung ist deshalb darauf zu achten, daß der öffentliche Nahverkehr besonders berücksichtigt wird. Allerdings darf dadurch der Individualverkehr nicht vernachlässigt werden.

Öffentlicher Nahverkehr und Individualverkehr sind keine Gegensätze, sondern sie ergänzen sich. Der öffentliche Nahverkehr muß dort attraktiv gemacht werden, wo es täglich um die Beförderung der Menschen zur und von der Arbeitsstätte geht.

20. Ausbau des städtischen Verkehrsnetzes

Der Ausbau des innerstädtischen Verkehrsnetzes muß sich an den Erfordernissen einer arbeitsteiligen und daher auf schnellen Austausch angewiesenen Wirtschaft orientieren.

21. Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel

Bei zunehmender Mobilität der Bürger darf unsere Stadt nicht im Verkehrschaos ersticken. Daher müssen den Bürgern attraktive öffentliche Nahverkehrsmittel angeboten werden.

22. Erholungsgebiete

Berlin in seiner derzeitigen Insellage muß den Erholungsmöglichkeiten innerhalb des Stadtbereiches besondere Aufmerksamkeit schenken.

23. Zielsetzung

Eine gesunde Wirtschaft bildet die wesentliche Grundlage für die Lebensfähigkeit der Stadt. Berlin muß nach wie vor unter erschwerten Bedingungen leben; die falsche These von der Normalisierung des Lebens in Berlin birgt die Gefahr, daß notwendige Hilfen als überflüssig angesehen werden.

24. Berlin-Förderung für die Wirtschaft

Solange den Berlinern ihre engen Bindungen an den Bund streitig gemacht werden und solange West-Berlin gegenüber Ost-Berlin durch diskriminierende Maßnahmen der DDR benachteiligt wird, sind Hilfen notwendig.

Einem allmählichen Abbau der wirtschaftlichen Position von West-Berlin innerhalb der deutschen Wirtschaft kann für längere Zeit nur mit außerordentlichen Förderungsmaßnahmen begegnet werden.

Eine gesunde Wirtschaft hat zur Voraussetzung die ausgewogene Förderung aller Gewerbezweige — der produzierenden wie der dienstleistenden, unabhängig von der Größenordnung der Unternehmen. Berlin braucht gesunde Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe.

Das Viermächteabkommen hat sich bisher nicht positiv auf die langfristige wirtschaftliche Entwicklung der Stadt ausgewirkt. Daher sind rechtzeitige zusätzliche Anreize (Stimulanzien) erforderlich.

Die Berliner CDU fordert eine langfristige Verkehrsplanung für Berlin. Der Sicherheit im Verkehr muß dabei vorrangige Bedeutung eingeräumt werden.

Die CDU sieht Verkehrsplanung und Strukturplanung als Einheit an. Sie erstrebt deshalb insbesondere eine geschlossene Konzeption für die Citygebiete, um zu gewährleisten, daß die innerstädtischen Bereiche auch in Zukunft ihre verschiedenartigen Funktionen erfüllen können. In Citygebieten sollen reine Fußgängerzonen geschaffen werden.

Die Berliner CDU fordert, daß

- die Verbindungen der Produktionsbetriebe mit den Endpunkten des außerstädtischen Verkehrs (Bahnhöfe, Häfen, Flughäfen) verbessert werden;
- der Abbau von Verkehrsspitzen durch die Einführung der gestaffelten Arbeitszeit gefördert wird.

Der Bau von Stadtautobahnen und Schnellstraßen ist weiterhin notwendig. Vor allem die Nord-Süd-Verbindungen, die Querverbindungen in den Außenbezirken und Umgehungsstraßen müssen aus- und neu gebaut werden.

Die Berliner CDU tritt dafür ein, daß mittels elektronischer Verkehrslenkung die vorhandenen Stadtstraßen noch besser genutzt werden.

Die Berliner CDU fordert, den öffentlichen Nahverkehr so attraktiv zu gestalten, daß er von der Bevölkerung besser als bisher genutzt wird.

Das U-Bahn-Netz ist weiterzuentwickeln und weitgehend zu automatisieren. Künftig sollte der Ausbau der U-Bahn auch wieder stärker in der Innenstadt vorangetrieben werden, um ein System zu schaffen, mit dem der Bürger möglichst viele Zielpunkte in der Innenstadt erreicht, ohne in Autobusse umsteigen zu müssen. — Ein Verbund von U-Bahn und S-Bahn ist anzustreben.

Die Berliner CDU fordert die Erprobung neuer öffentlicher Verkehrsmittel in Berlin. Öffentliche Verkehrsmittel haben den Anforderungen des Umweltschutzes Rechnung zu tragen.

Die Berliner CDU vertritt die Auffassung, daß jeder Mann ein Recht auf Erholung hat. Um dieses Recht durchzusetzen, fordert sie:

- Im Flächennutzungsplan ist sicherzustellen, daß genügend Freiflächen trotz der zunehmenden Bebauungsdichte für Erholungszwecke zur Verfügung stehen.
- Private Naturschutzorganisationen sollen bei der Weiterentwicklung des Flächennutzungsplans mitwirken.
- Die Berliner Wälder und Seen müssen ungeschmäler für die Erholung der Berliner Bevölkerung erhalten bleiben.
- In Fußgängerzonen soll das Stadtbild durch Grünflächen aufgelockert werden.

In diesem Zusammenhang kommt den vielen Kleingärten eine erhöhte Bedeutung für die Erholung breiter Schichten zu; die zahlreichen verstreuten Grünflächen sind überdies als Umweltfaktor von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Die Berliner CDU tritt deshalb für die Erhaltung der Kleingärten ein, wo dies irgend möglich ist.

IV. Die Wirtschaft der Stadt

Ziel der Berliner CDU bleibt es, den Lebensstandard der Bevölkerung zu sichern und anzuheben und für eine gesunde Wirtschaft mit angemessenen Wachstumsraten zu sorgen.

Die Berliner CDU fordert:

Einer Benachteiligung der Berliner Wirtschaft gegenüber anderen Regionen ist ebenso wie Abbröckelungstendenzen mit politischen, insbesondere steuerpolitischen Maßnahmen entgegenzutreten.

Das Berlin-Förderungsprogramm einschließlich des Berlin-Förderungsgesetzes ist mit folgender Zielsetzung fortzuentwickeln:

- a) die wirtschaftliche Betätigung in der Stadt darf nicht auf ausschließlich regionalen Standard absinken;
- b) die Verlagerung ganzer Tätigkeitsbereiche von Unternehmen, der Vorstände und Betriebsführungen, Einkaufsabteilungen oder sonstiger Dispositionsorgane sowie von Forschungsabteilungen aus Berlin ist zu verhindern und die Verlagerung nach Berlin zu fördern;
- c) die Vielfalt von Leitungsfunktionen ist zu erhalten, und jungen Menschen sind ausreichende Aufstiegsmöglichkeiten in Berlin zu bieten.

Es ist sicherzustellen, daß Maßnahmen weitergeführt werden können, die im Vertrauen auf zur Zeit gültige Bestimmungen des Berlin-Förderungsgesetzes langfristig geplant worden sind.

Angesichts der Kapazitätsgrenzen des Wirtschaftsraumes West-Berlin muß der Beitrag der einzelnen Wirtschaftszweige zum Wachstum des Bruttoinlandsproduktes beim Einsatz besonderer Förderungsmaßnahmen eine Rolle spielen.

25. Planung

Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Fortschritt führen zu einem Wandel der Wirtschaftsstruktur. Die politische Situation nach dem Viermächteabkommen bringt zusätzliche Veränderungen. Sie bedingt stete Beobachtung sich anbahnender Entwicklungen. Die Planung für Berlin muß auf eine breite Beratungsgrundlage gestellt werden, sie kann nicht allein der Verwaltung überlassen bleiben. Eine gelegentliche Anhörung der Industrie- und Handelskammer genügt nicht.

26. Grundstückspolitik

Die Flächen für gewerbliche Ansiedlungen in Berlin können nicht beliebig vermehrt werden. Im Sinne einer weit vorausschauenden Planung erscheint es wünschenswert, möglichst viele frei verfügbare Gewerbegrundstücke zentral zu erwerben und an förderungswürdige Unternehmen zweckgebunden zu vergeben.

Derzeit werden nicht genügend Grundstücke für die gewerbliche Nutzung bereitgehalten und erschlossen.

27. Energiepolitik

Eine großzügige Energieplanung ist nicht nur Voraussetzung für eine expandierende Wirtschaft. Untersuchungen ergaben, daß in Berlin in den achtziger Jahren mit einer gefährlichen Lücke in der Stromversorgung zu rechnen ist, wenn nicht jetzt außerordentliche Anstrengungen für die Bereitstellung einer ausreichenden Kapazität an elektrischem Strom gemacht wird. Die internationale Ölkrise um die Jahreswende 1973/74 hat nicht nur gezeigt, daß dem Problem der Energieversorgung außergewöhnliche Aufmerksamkeit eingeräumt werden muß, sondern auch, wie nachteilig einseitige Abhängigkeiten in der Energiezufuhr sind.

Dasselbe gilt für die derzeitigen Pläne, Berlin in sehr hohem Maße mit Mineralöl, Erdgas und auch mit elektrischem Strom aus dem Osten versorgen zu lassen. Folglich muß neben der für Berlin wichtigen Forderung nach einer politischen Absicherung eine weitgehende Streuung angestrebt werden, um zu verhindern, daß sich Versorgungsschwierigkeiten bzw. Krisen bei einem einzelnen Versorgungsträger zu schweren Schäden an der Wirtschaft Berlins auswirken.

28. Investitionsförderung

Die Berliner CDU fordert die Gründung einer Berliner Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit als Tochter der Berliner Industriebank und der anderen Berliner Großbanken. Sie soll Unternehmen mit dem Hauptsitz in Berlin bei Direktanlagen im In- und Ausland durch Übernahme von Beteiligungen am haftenden Kapital und durch Gewährung von Darlehen unterstützen. Hierbei kann es sich um Neu- und Erweiterungsanlagen handeln. Die Gesellschaft soll die im In- und Ausland investierenden Berliner Unternehmer beraten. Sie soll sich umgekehrt auch bemühen, interessierte Partner des In- und Auslandes für Anlagen in Berlin zusammenzuführen. Die Gesellschaft soll mit Entwicklungseinrichtungen, die ähnliche Aufgaben erfüllen, zusammenarbeiten.

Darüber hinaus ist das Berlinförderungsgesetz dahingehend zu ergänzen, daß Erträge aus Berlin-darlehen ebenso wie Erträge aus Unternehmensbeteiligungen steuerlich begünstigt werden.

29. Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie der freien Berufe

In einer entwicklungsfähigen Wirtschaft ist der mittelständische Unternehmer ein unentbehrliches Element. Je stärker die Rationalisierung der Industrie fortschreitet, desto bedeutungsvoller wird die Rolle des Handwerks als Zulieferer der Industrie. Auch mittelständische Betriebe können einen erheblichen Beitrag zum Wachstum des Sozialproduktes leisten.

Maßnahmen der Kooperation und Koordinierung sind von ganz besonderer Bedeutung für Handwerk, Handel und andere mittelständische Betriebe zur Steigerung und Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit. Den Beratungsinstituten der Wirtschaft kommt dabei eine hervorragende Rolle zu.

Notwendig ist vor allem, daß auch weiterhin selbstständige Existenzen in ausreichender Zahl gegründet

Die Berliner CDU fordert die Einsetzung eines Berlin-Stabes der Bundesregierung unter Vorsitz des Bundeskanzlers, mit dem Bevollmächtigten des Bundes in Berlin und Senatsmitgliedern sowie unter Beteiligung von Berliner Bundestagsabgeordneten. Dieser Stab soll die Förderungsmaßnahmen für Berlin von Jahr zu Jahr beraten und zur Beschlußfassung vorbereiten.

Eine Berliner Wirtschaftskommission, die dem Berlin-Stab zugeordnet ist und sich aus Vertretern der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Senatsverwaltungen und je einem Fachsprecher der Parlamentsfraktionen zusammensetzt, soll:

- Untersuchungen von Wachstumsmöglichkeiten von Wirtschaftszweigen vornehmen;
- Aussagen über Ansiedlungs- und Fortentwicklungsmöglichkeiten zukunftsbezogener, wachstumsintensiver Wirtschaftszweige bzw. Unternehmen sowie für das Wirtschaftsleben der Stadt interessanter Einrichtungen formulieren;
- Anregungen zur Erforschung neuer Technologien und deren praktischer Anwendung geben;
- Vorschläge für die Förderungsmaßnahmen, auch aus dem Berlin-Förderungsgesetz, unterbreiten.

Die Berliner CDU fordert:

Ankauf und Vergabe von Grundstücken durch die öffentliche Hand sind der Gewerbesiedlungsgesellschaft zu übertragen, soweit diese Geschäfte der Ansiedlung von Gewerbebetrieben dienen. Dazu ist die Gewerbesiedlungsgesellschaft unter modernes Management zu stellen.

Stellt die öffentliche Hand Gewerbegrundstücke nur im Erbbaurecht zur Verfügung, so ist bei der Abfassung der Erbbaurechtsverträge die Produktionsbildung so flexibel zu gestalten, daß notwendige Anpassungsprozesse nicht behindert werden.

Unternehmen, deren Betriebe eine besonders günstige Produktivität im Vergleich zur benötigten Grundfläche erwarten lassen, sollen bei der Vergabe von Grundstücken bevorzugt werden. Die von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellten Grundstücke müssen optimal genutzt werden.

Untersuchungen über Produktionsmöglichkeiten in Stockwerksbauten sind öffentlich zu fördern.

Für die Ansiedlung von Betrieben in Stockwerksbauten sowie für die Errichtung von Handels- und Gewerbezentren sind Finanzierungshilfen zu gewähren.

Die Berliner CDU fordert:

- Der Anschluß von West-Berlin an einen europäischen Verbund für Lieferung elektrischen Stromes ist die dringlichste Voraussetzung für eine expandierende Wirtschaft.
- Es muß verhindert werden, daß Außenzuführen von Strom nur aus dem Osten kommen.
- Leitungen für den Austausch von Strom zwischen Ost und West müssen über West-Berlin führen. Eine Stichleitung von einer an Berlin vorbeiführenden Trasse ist abzulehnen.
- Die Unabhängigkeit Berlins in der Stromversorgung im Notfall ist unbedingt zu gewährleisten.
- Zum technisch frühestmöglichen Zeitpunkt muß in Berlin ein Kernkraftwerk errichtet werden. Entstehende Überkapazitäten in der Stromerzeugung könnten an die DDR geliefert oder in den europäischen Verbund eingebracht werden.
- Berlin soll in die europäischen Verbundsysteme — zwischen West und Ost — für hochkalorisches Erdgas integriert werden.
- Es ist zu prüfen, ob der Bau von Fernleitungen für Mineralöl nach West-Berlin wirtschaftlich sinnvoll ist. Derartige Pipelines dürfen ebenfalls nur von Ost und West herangeführt werden.
- Die Bundesregierung darf keine Finanz- und Projektierungshilfe für Energieerzeuger oder -verarbeiter in den Ostblockstaaten geben, wenn dabei nicht die Versorgungsinteressen Berlins gewahrt werden.

Die Berliner CDU fordert die Gründung einer Berliner Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit als Tochter der Berliner Industriebank und der anderen Berliner Großbanken. Sie soll Unternehmen mit dem Hauptsitz in Berlin bei Direktanlagen im In- und Ausland durch Übernahme von Beteiligungen am haftenden Kapital und durch Gewährung von Darlehen unterstützen. Hierbei kann es sich um Neu- und Erweiterungsanlagen handeln. Die Gesellschaft soll die im In- und Ausland investierenden Berliner Unternehmer beraten. Sie soll sich umgekehrt auch bemühen, interessierte Partner des In- und Auslandes für Anlagen in Berlin zusammenzuführen. Die Gesellschaft soll mit Entwicklungseinrichtungen, die ähnliche Aufgaben erfüllen, zusammenarbeiten.

Darüber hinaus ist das Berlinförderungsgesetz dahingehend zu ergänzen, daß Erträge aus Berlin-darlehen ebenso wie Erträge aus Unternehmensbeteiligungen steuerlich begünstigt werden.

Die Berliner CDU fordert:

Selbsthilfeeinrichtungen des Mittelstandes, einschließlich des Handwerks sollen vermehrte Förderung, auch besondere Kredite erhalten.

Der Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung in Gemeinschaftseinrichtungen des Gewerbes ist als eines der wichtigsten Mittel der Kooperation zu fördern.

Gemeinschaftlich betriebene Marktforschung und gemeinsam zu bildende Vertriebsorganisationen sind als erfolgversprechende Maßnahmen der Kooperation anzusehen und entsprechend zu unterstützen.

Die Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft und die Verbände sollen vermehrt öffentliche Mittel zum Zwecke großangelegter intensiver Aufklärungs- und

werden. Die eigene Kraft reicht vielfach nicht aus, sich erfolgreich selbstständig zu machen oder als Selbständiger im Wettbewerb zu bestehen.

Mittelständische Unternehmen tragen auf dem Sektor neuer Technologien und Innovationen relativ mehr zum technischen Fortschritt bei als manche Großunternehmen.

Werbekampagnen für verstärkte Rationalisierung und branchenweite Kooperation im mittelständischen Bereich des Gewerbes erhalten.

Schulungs- und Fortbildungsveranstaltungen der Selbstverwaltungsorgane, ihrer Verbände und Innungen sollen mehr als bisher durch Mittel aus dem öffentlichen Haushalt gefördert werden. Die Schulungen sollen sich besonders dem modernen Management und der Rationalisierung widmen.

Erschwernisse bei der Ausbildung des beruflichen Nachwuchses im Betrieb sind abzubauen. Die durch die Verwaltung gesetzte Ordnung der betrieblichen Ausbildung darf nicht in bürokratische Reglementierung ausarten.

Dem Handwerk ist bei der Werbung um Nachwuchs vermehrte öffentliche Hilfestellung zu leisten.

Die Berliner Wirtschaftskommission soll ein Rahmenprogramm für die Förderung des Handwerks und anderer mittelständischer Betriebe ausarbeiten und zur praktischen Durchführung Beratungsinstitute beauftragen.

Die Beratungsinstitute der Wirtschaft sollen — entgegen der bisherigen Praxis — kostendeckende Zuschüsse für die einzelnen Maßnahmen aus dem öffentlichen Haushalt erhalten.

Kleinere und mittlere Unternehmen sind entsprechend ihrer Forschungsintensität stärker als bisher bei der Verteilung öffentlicher Förderungsmittel zu berücksichtigen.

Ansiedlung von Einzelhandels- und Handwerksbetrieben

Die Berliner CDU fordert, die Bauträger großer Vorhaben anzuhalten, ausreichend Gewerberäume für Handwerk und Einzelhandel bereitzustellen.

Ein Programm „Sozialer Gewerbebau“ mit Aufwendungszuschüssen und Aufwendungsdarlehen soll die ausreichende Versorgung mit Handwerks- und Einzelhandelsbetrieben in Wohngebieten sicherstellen, in denen keine Unterbringungsmöglichkeiten in mietbilligeren Altbauten bestehen.

Für Sanierungsmaßnahmen ist mit Rücksicht auf die betroffenen Betriebe ein Zeitstufenplan zu erstellen.

Bei Sanierungsmaßnahmen müssen die Probleme der kleinen Gewerbebetreibenden und der freien Berufe stärker berücksichtigt werden.

Betrieben, die aus Sanierungsgebieten verdrängt werden, muß mit Vorrang geholfen werden, sich an anderer Stelle wieder anzusiedeln.

Betriebsinhabern, die aus Altersgründen eine Umsiedlung aus Sanierungsgebieten nicht bewerkstelligen können, muß eine großzügigere Abfindung als bisher gewährt werden.

Die Ansiedlung mittelständischer Betriebe in Gewerbezentren ist stärker zu fördern; auch hierfür soll der „Soziale Gewerbebau“ zuständig sein.

30. Private Lagerhaltung

Die besondere Lage Berlins erfordert eine den Standortbedingungen gerecht werdende Lagerhaltung.

Die Lagerhaltung reicht in Berlin nicht aus, so daß zu Zeiten sprunghaft erhöhter Nachfrage das Angebot unzureichend wird und unter Inkaufnahme längerer Lieferzeiten als in anderen Städten eingekauft werden muß.

Leider hat das alte Berlinhilfegesetz nur für die Jahre 1962 und 1963 versucht, unangemessene Mehrbelastungen des Berliner Handels durch erhöhte private Lagerhaltung auszugleichen.

Der Verzicht auf die Fortführung dieser Präferenzen hat zweifellos zu dem Abbau der privatwirtschaftlichen Lagerhaltung beigetragen.

31. Finanz- und Steuerpolitik

In der Finanzpolitik müssen langfristige Planungen den Maßstab für die Rangordnung der gesellschaftspolitischen Reformvorhaben bilden. Insbesondere sind alternative Lösungsmöglichkeiten und ein Rahmen für die Finanzierung aller Reformvorhaben abzustecken.

Die Konjunkturpolitik des Bundes kann durch das Land Berlin noch wirksamer unterstützt werden.

32. Förderungsmaßnahmen für die Arbeitnehmer

Technischer Fortschritt und der damit verbundene Strukturwandel sind auch für Berlin die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftlichen Fortschritt. Der technische Fortschritt und Strukturwandel erfordern einen mit der Wirtschaftspolitik abgestimmten mobilen Arbeitsmarkt.

Viele ältere Mitbürger und Hausfrauen würden gerne noch einen ihnen gemäßen Arbeitsplatz im Wirtschaftsleben unserer Stadt ausfüllen. Sie stellen eine Arbeitskräftereserve dar. Ihrer besonderen Situation muß Rechnung getragen werden.

Arbeitskräfte, die in Berlin bleiben oder nach Berlin kommen wollen, brauchen vor allem Wohnraum.

Die Notwendigkeit, westdeutsche Arbeitnehmer schnell und in angemessenem Rahmen unterzubringen, hat in der Vergangenheit zu Unerträglichkeiten gegenüber der eingewanderten Bevölkerung geführt; insbesondere gegenüber jungen Wohnungssuchenden, die heiraten oder deren Familie sich vergrößert hat.

Die Berliner CDU fordert:

Die mittelfristige Finanzplanung des Landes Berlin und der Bezirke muß weiterentwickelt werden. Das hat unter besonderer Berücksichtigung struktureller Probleme zu geschehen.

Die Hebesätze der Gewerbesteuer sind zu senken. Die Bagatelsteuern sind abzubauen.

Finanzhilfen und Steuererleichterungen sind ständig auf ihre weitere Berechtigung hin zu überprüfen und durch ein einheitliches Verfahren im Land Berlin und im Bund übersichtlich und kontrollierbar zu gestalten.

Die Abschaffung der fünfprozentigen Versicherungssteuer für alle bei Berliner Versicherungsgesellschaften getätigten Sachversicherungsabschlüsse ist zu prüfen.

Die Haushaltswirtschaft ist so elastisch zu gestalten, daß sie der jeweiligen konjunkturellen Situation angepaßt werden kann.

Die Berliner CDU fordert:

- Eine Arbeitsmarktpolitik, die ein ausreichendes und bedarfsgerechtes Angebot an guten Arbeitsplätzen schafft;
- Zeitarbeitsplätze vermehrt;
- einen mobilen Arbeitsmarkt gewährleistet;
- den beruflichen Aufstieg ermöglicht und
- zum wirtschaftlichen Wachstum beiträgt.

Wir verlangen die frühzeitige Information über die Berufs- und Arbeitswelt in der Schule, die ständige Beratung der Berufstätigen und deren Arbeitgeber über die allgemeine Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die speziellen Berufssituationen für den einzelnen durch das Landesarbeitsamt.

Durch zusätzliche unkonventionelle Werbeprogramme sind bereits im Ruhestand lebende Bürger und Hausfrauen verstärkt anzusprechen.

Durch Abstimmung mit den Arbeitgebern sind dabei Arbeitsplätze auszusuchen, die für gelegentliche Mitarbeit, Halbtagsarbeit oder ähnliches unter Arbeitsbedingungen in Frage kommen, die den angesprochenen Personenkreisen entsprechen.

Die Berliner CDU fordert:

- den verstärkten Bau unabhängiger Wohneinheiten für ledige Arbeitskräfte;
- den Werkswohnungsbau für Familien durch besondere Präferenzen zugunsten der Trägergesellschaften von Wirtschaftsunternehmen anzuregen.

- Die Berliner CDU fordert:
- die Organisation der Berliner Schule soll in allen Bereichen innere Reformen ermöglichen;
- Schulversuche müssen wissenschaftlich kontrolliert und ausreichend mit technischen und personellen Hilfsmitteln ausgestattet sein;
- zur wissenschaftlichen Kontrolle von Schulversuchen sollen Forschungsaufträge an wissenschaftliche Einrichtungen vergeben werden;
- Schulversuche dürfen nicht gegen den Willen der betroffenen Eltern angeordnet werden, sie müssen in Zielsetzung und Methode offengelegt werden;
- die Ergebnisse aller Schulversuche müssen nach angemessener Dauer öffentlich bekanntgegeben und zur Diskussion gestellt werden.

45. Förderung der privaten Initiative

Der Staat hat die Pflicht, Ausbildungsgänge zu schaffen, in denen seine Bürger auf ein Leben in einer demokratischen Leistungsgesellschaft vorbereitet werden. Diese staatliche Verantwortung begründet jedoch kein Erziehungsmonopol.

46. Kindertagesstätten

Die Bedeutung der Kindertagesstätten hat sich grundlegend gewandelt. Sie wurden eine wesentliche Ergänzung familiärer Erziehung. Zur Verwirklichung der Chancengleichheit sollen milieubedingte Sperren abgebaut werden. Kinder aus Kleinfamilien können in der Gemeinschaft Gleichaltriger ihre sozialen Erfahrungen erweitern.

47. Ganztagschulen

Chancengerechtigkeit heißt, jedem die gleichen Voraussetzungen für den Zugang zu den Einrichtungen unseres Bildungswesens zu bieten. Heute müssen viele Eltern nach Feierabend Schularbeiten mit ihren Kindern machen. Sie müssen nachholen, was die Schule versäumte. Nicht alle Eltern aber können ihre Kinder wirkungsvoll unterstützen.

48. Vorklassen

Neuere wissenschaftliche Untersuchungen haben bisher gezeigt, daß die geistigen Kräfte eines Kindes durch frühe Lernangebote besonders entwickelt werden können. Für viele Schüler fällt die Entscheidung über das Lernverhalten und damit den künftigen Schulerfolg vor und zu Beginn des gegenwärtigen Schulbesuchs.

49. Grundschule

Ausreichende Förderung können unsere Kinder nur durch individuelle Betreuung erfahren. In der Berliner Grundschule ging es in den letzten Jahren einen Schritt vorwärts. Doch immer noch sind die Klassen zu groß, die Lehrer überfordert. In vielen Grundschulen fehlen Fach- und Mehrzweckräume.

Im Unterricht wird nicht ausreichend nach dem Leistungsvermögen der einzelnen Kinder unterschieden.

50. Mittelstufe

Allgemein anerkanntes Ziel jeder Schulpolitik ist es, den Übergang von einem Bildungsgang in einen anderen zu ermöglichen und zu erleichtern.

Darüber hinaus will die CDU-Schulpolitik sicherstellen, daß die unterschiedlichen individuellen Fähigkeiten der Schüler nicht vernachlässigt werden.

Wegen der Fülle noch ungelöster Probleme (z.B. ganztägige sozialpädagogische Betreuung) betrachtet die CDU den Schultyp der integrierten Gesamtschule nach wie vor als Schulversuch. Gegen den Elternwillen dürfen Kinder dieser Schulform nicht zugewiesen werden. Künftige Ausbaumaßnahmen für die Berliner Schule müssen die freie und verantwortliche Entscheidung der Eltern über die für ihre Kinder gewünschte Schulform (Gymnasium, grundständiges Gymnasium, Ganztagschule) berücksichtigen.

51. Oberstufenreform

Die Oberstufe unserer Gymnasien ist Bindeglied zwischen Schule und Hochschule. Sie soll sowohl Übergänge in den Hochschulgesamtbereich eröffnen als auch den unmittelbaren Eintritt in das Berufsleben vorbereiten. Die Unterrichtsformen müssen auf die verschiedenen Interessengebiete, den Entwicklungsstand und den Verantwortungsgrad der Schüler abgestimmt werden. In Berlin wurde nach den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz die Oberstufenreform eingeführt. Zur Zeit gibt es eine Fülle von Übergangsschwierigkeiten auf Grund unzureichender Vorbereitung und übererllter Verbindlichkeit der beschlossenen Veränderungen für alle Schulen.

52. Berufliche Bildung

Die Einrichtungen für die berufliche Bildung wurden in den vergangenen Jahren in Berlin oft sträflich vernachlässigt. Das gilt insbesondere für den Lernort Schule. Erhebliche Investitionen sind notwendig, um den entstandenen Nachholbedarf zu befriedigen und die Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung mit anderen Bildungswegen herzustellen.

Berufliche Bildung soll den jungen Menschen zu beruflicher und sozialer Mündigkeit befähigen. Ihr Erfolg ist daran zu messen, ob junge Menschen über die auf die Berufs- und Arbeitswelt bezogenen Bildungs-

Die Berliner CDU fordert:

Bildungseinrichtungen freier Träger müssen in gleicher Weise gefördert werden wie staatliche Einrichtungen.

Die Berliner CDU fordert:

- den verstärkten Bau von Kindertagesstätten als eigenständige Erziehungseinrichtungen. Bei der Standortwahl ist darauf zu achten, daß eine gute Zusammenarbeit mit Grund- und Sonderschulen möglich ist.
- Betriebe und öffentliche Verwaltungen anzuregen, eigene Kindertagesstätten zu errichten;
- eine breite Förderung von Eltern-Kind-Gruppen.

Die CDU will in einem langfristigen Programm erreichen, daß den Drei- und Vierjährigen ein Kindergartenplatz angeboten werden kann. Private Initiativen sollen in diesem Bereich der vorschulischen Erziehung besonders gefördert werden.

Die Berliner CDU fordert:

- die Ausbildung von Erziehern nach modernen sozialpädagogischen Erkenntnissen;
- ein breites Angebot von Kursen über Erziehungsfragen der Eltern.

Die Berliner CDU fordert:

- den Bau von Ganztagschulen;
 - die Einführung der Fünftageschule.
- Ganztagschulen sollen insbesondere dort gebaut werden, wo überwiegend beide Elternteile der Kinder berufstätig sind.

Die Berliner CDU fordert:

- die Einrichtung von Vorklassen für alle Fünftjährigen und damit
- die Vorverlegung der Schulpflicht auf das vollendete fünfte Lebensjahr;
- die Verbindung der Vorklasse mit der ersten Grundschulklasse zu einer zweijährigen Eingangsstufe.

Die Berliner CDU fordert:

- Fördermaßnahmen für alle Kinder; nicht nur leistungsschwache, sondern auch leistungsstarke Kinder müssen gefördert werden;
- Verringerung und Vermeidung von „Sitzenbleiben“ durch verstärkte Arbeit mit den einzelnen Kindern;
- schrittweise Senkung der Klassenfrequenzen auf 25 Schüler mit Vorverlegung der Schulpflicht;
- stärkere Leistungsdifferenzierung in den fünften und sechsten Klassen;
- Beginn des Fremdsprachenunterrichts in den dritten Klassen;
- Verbesserung der musischen Erziehung, insbesondere eine stärkere Förderung der Frühbegabungen;
- Verbesserung des Unterrichts in den Leibesübungen.

Die Berliner CDU will sicherstellen, daß der Fachunterricht an den Grundschulen nur von Lehrern mit entsprechender Ausbildung gegeben wird.

Die CDU will mehrere Mittelstufen-Zentren in kooperativer Form (Hauptschule, Realschule und Gymnasium) ausbauen. In der Mittelstufe (Sekundarbereich I) sollen die Lehrpläne und Formen des Unterrichts so gestaltet werden, daß in den verschiedenen Schulformen eine vergleichbare Grundbildung vermittelt werden kann. Durch gezielte Förderungsmaßnahmen ist eine stärkere Durchlässigkeit zu gewährleisten.

Das Jahrgangsprinzip soll zugunsten eines Unterrichts in Leistungs- und Neigungsgruppen aufgelockert werden.

Die Berliner CDU fordert zur Verwirklichung der Oberstufenreform:

- die gymnasiale Oberstufe personell auszubauen;
 - Modelle für die Zusammenarbeit verschiedener Schulen mit dem Ziel eines breiteren Kursangebotes zu erarbeiten;
 - die räumlichen und technischen Hilfsmittel für das Gelingen der Oberstufenreform bereitzustellen, damit Schüler und Lehrer nicht überlastet werden.
- Die Reformbeschlüsse der Kultusministerkonferenz müssen mit folgenden Zielsetzungen überarbeitet werden:
- bessere Vorbereitung der Schüler auf das Kurs-system;
 - nähere Umschreibung der Kombinationsmöglichkeiten zwischen verschiedenen Fächern mit dem Ziel, einen verbindlichen Leistungsstandard zu sichern;
 - die Einführung eines dritten Leistungsfaches.

Die Berliner CDU fordert:

- das Berufsgrundbildungsjahr für alle Ausbildungsberufe und seine Anrechnung bei entsprechenden Ausbildungsverträgen;
- die Vergrößerung des theoretischen Anteils in der beruflichen Bildung, den zweiten Berufsschulstag auch im gewerblichen Bereich und die Ausschöpfung der Möglichkeiten des Blockunterrichts;
- das Angebot von Stütz- und Förderkursen für schulisch Benachteiligte und Leistungsschwache;

gänge in allen Bereichen unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens ihre Anlagen und Fähigkeiten voll entfalten können. Lernorte sind Schule und Betrieb, Reformüberlegungen dürfen das verantwortungsbewußte Engagement der Wirtschaft in der beruflichen Ausbildung nicht unverhältnismäßig erschweren oder verschütten. Die Ausbildungsplätze in Handel, Handwerk, Industrie und bei den freien Berufen müssen erhalten bleiben.

53. Förderung von geistig und körperlich behinderten Schülern

Die Zahl der geistig und körperlich behinderten Schüler steigt. Staat und Gesellschaft haben neben der Familie die Pflicht, diesen Personenkreis besonders zu fördern.

Das Ziel muß dabei die größtmögliche Eingliederung in alle Lebensbereiche sein.

- eine stärkere Leistungsdifferenzierung in den Berufsschulen;
- die Schaffung weiterer überbetrieblicher Ausbildungsstätten;
- den Auf- und Ausbau weiterer Berufsschul-Zentren;
- wirksame und sachgerechte Eignungsüberprüfungen für Ausbilder und Ausbildungsbetriebe.

54. Schulpsychologischer Dienst

Individuelle Förderung in einem differenzierten Schulsystem ist nur möglich, wenn Schüler, Lehrer und Eltern immer wieder sachkundigen Rat einholen können. Eine wesentliche Aufgabe hat in diesem Zusammenhang der schulpsychologische Dienst zu erfüllen.

Die Berliner CDU fordert:

- die besondere Betreuung behinderter Kinder bereits in der vorschulischen Erziehung;
- eine umfassende Elternberatung für Familien mit behinderten Kindern;
- den Ausbau leistungsfähiger Sonderschulen;
- den Verbund von Einrichtungen sowohl im Schuls als auch Tagesstättenbereich zwischen Behinderten- und anderen Einrichtungen;
- gesonderte, auch grundständige Ausbildungsgänge für Sonderpädagogik;
- die 12jährige Schulpflicht für geistig Behinderte in eigenständigen Schulen unter Einbeziehung einer Werkstufe;
- Ganztagschulen für behinderte Kinder;
- die Einrichtung von Beschäftigungstagesstätten zum Arbeitstraining.

Die Berliner CDU fordert:

- den Ausbau des schulpsychologischen Dienstes und der Schullaufbahnberatung. Neben der Diagnose muß auch eine therapeutische Behandlung durch den schulpsychologischen Dienst erfolgen.

55. Schulraumprogramm

In fast allen Zweigen der Berliner Schule fehlen Räume. Schulreformen werden dadurch behindert. Bei den begrenzten finanziellen Mitteln Berlins müssen im Schulbauprogramm Schwerpunkte gesetzt werden.

Die Berliner CDU fordert:

- die Errichtung von Oberstufenzentren sowie den Bau von Schulraum für die gymnasiale Oberstufe und für die Berufsschulen;
 - ein Neubauprogramm für Grundschulen, um Raum für die Einrichtung von Vorklassen zu schaffen und um die Klassenfrequenz senken und die Fördermaßnahmen erweitern zu können.
- Die CDU wird bei Investitionen im Oberschulbereich jede Einengung ausschließlich auf Formen von Schulzentren und Gesamtschulen vermeiden.

56. Alte Schulbauten

Der Zustand vieler alter Schulen in Berlin ist besorgniserregend. Er führt zu erheblichen Benachteiligungen von vielen Kindern.

Die Berliner CDU fordert, bis 1980 zusätzlich mindestens 100 Millionen DM für Ausbau und Renovierung alter Schulgebäude bereitzustellen. Bei der Schulbausanierung sollen auch Einrichtungen für einen Ganztagsunterricht geschaffen werden.

57. Lehrerbildung

Die Ausbildung unserer Lehrer hat mit den Veränderungen in den Unterrichts- und Organisationsformen der Schule nicht Schritt gehalten.

Die Berliner CDU fordert eine umfassende Reform der Lehrerausbildung mit folgenden Zielsetzungen:

- Die Lehrerbildung umfaßt das wissenschaftliche Studium, die Einführung in den Beruf (Referendariat) und die Weiterbildung während der Berufspraxis.
 - Das wissenschaftliche Studium aller Lehrer gliedert sich in Fachwissenschaften einschließlich der Fachdidaktik und die Erziehungswissenschaften.
 - Die Schwerpunkte innerhalb des Studiums bestimmen sich nach Schulstufen.
 - Die Ausbildung der Grundschullehrer soll durch eine sozialpädagogische Ausbildung erweitert werden.
- Die Berliner CDU will sicherstellen, daß jeder Lehrer in regelmäßigen Abständen seine erziehungs- und fachwissenschaftlichen Kenntnisse erweitern kann. Zunächst soll jeder Lehrer alle zehn Jahre für ein Kontaktstudium freigestellt werden.

58. Moderne Lehr- und Lernmethoden

Für die Reform unseres Bildungswesens muß der Einsatz moderner Lehr- und Lernmethoden ständig genutzt werden. Ein bewegliches System der Vermittlung von Lerninhalten kann durch die Kombination moderner Medien geschaffen werden, so durch das Zusammenwirken von Gruppenarbeit mit Lehrern, Fernunterricht, Hörfunk, Fernsehen und Audiovision.

Die Berliner CDU fordert:

- die Förderung der Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Unterrichtssysteme im Medienverbund;
 - den Ausbau des schulinternen Fernsehens;
 - die Erarbeitung von Studienprogrammen im Medienverbund;
 - Lehrbuchverlage mit der Entwicklung von Lehr- und Lernmaterial für einen differenzierten Unterricht zu beauftragen.
- Die Berliner Schulen sollen ausgerüstet werden insbesondere mit:
- Vervielfältigungsapparaten
 - Tageslichtprojektoren
 - Sprachlehranlagen
 - Fernsehapparaten
 - Lehrcomputern
- Die Schulen sollen ihre Zusammenarbeit mit den öffentlichen Bibliotheken verstärken.

59. Demokratie in der Schule

In Berlin wurde ein Schulverfassungsgesetz verabschiedet. Damit wurden die ursprünglichen Ziele eines Mitbestimmungsgesetzes verfälscht und durch eine Fülle von Organisationsregelungen überwuchert. Aus Mitbestimmung, aus zeitgemäßer Beschreibung der gemeinsamen Verantwortung in der Schule und für die Schule wurde ein inhaltsleeres Anhörungsrecht. Elternrecht blieb kleingeschrieben.

Die Berliner CDU fordert, das Schulverfassungsgesetz zu ändern und

- die Aufgaben der Schulkonferenz und des Landesschulbeirates im Sinne einer Mitbestimmung auszubauen;
- den Landesschulbeirat als Mitbestimmungsorgan von Lehrern, Eltern und Schülern zu organisieren;
- bei der Auswahl der Schulleiter die Rechte der Personalräte der Lehrer hervorzuheben.

60. Freiheit von Forschung, Lehre und Studium

An den Hochschulen sind Freiheit von Forschung, Lehre und Studium gefährdet. Der wissenschaftliche Auftrag wird häufig durch wissenschaftsfeindliche Ideologie verfälscht, die Freiheit des Wissenschaftlers ist bei der Festlegung des Forschungsgegenstandes in unerträglichem Maße eingeschränkt. Lehrveranstaltungen werden gestört und verhindert. Das wissenschaftliche Niveau an den Berliner Hochschulen ist

Die Berliner CDU fordert die Wiederherstellung der Freiheit von Forschung, Lehre und Studium an Berlins Universitäten und Hochschulen.

Das kann nur erreicht werden, indem die Gesetze und die vom Bundesverfassungsgericht festgelegten Grundsätze für die Mitbestimmung in der Hochschulverwaltung durchgesetzt werden und

gefährdet, in wesentlichen Bereichen ist es sogar gesunken.

61. Hochschulgesamtbereich

Die wissenschaftlichen Anforderungen unserer Zeit können nur durch die Zusammenarbeit aller Hochschulen gemeistert werden. Dabei dürfen die Bemühungen um eine stärkere Verknüpfung der verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen und Ausbildungsgänge nicht zu dem vielfach zu beobachtenden Qualitätsverlust in der Ausbildung führen. Masseneinrichtungen werden allzuleicht unübersichtlich und damit funktionsuntüchtig.

62. Hochschulrecht

Die gegenwärtigen Bestimmungen des Berliner Universitäts- und Fachhochschulgesetzes sind die Ursache für schwerwiegende Fehlentwicklungen. Das Hochschulrecht muß auf der Grundlage der in den letzten Jahren gesammelten Erfahrungen neu gefaßt werden.

63. Studienreform

Studienreform ist eine gemeinsame Aufgabe von Staat und Hochschulen. Der Gesetzgeber hat dabei Entwicklungen anzuregen und der Studienreform eine Richtung zu weisen.

64. Studentenschaft

Durch das Berliner Universitätsgesetz wurde der Selbstverwaltungsverband der Studentenschaft aufgelöst. Neben der Mitarbeit in den Selbstverwaltungsorganen der Universität hatten die Studenten in diesem Verband sozialpolitische und jugendfleglerische Aufgaben wahrzunehmen. Das Universitätsgesetz hat mit seiner Entscheidung einen Teil selbstverantwortlichen, demokratischen Engagements in unserer Gesellschaft gegen den Willen der Berliner CDU abgebaut.

65. Numerus clausus

Durch bildungspolitische Fehlentwicklungen, insbesondere die einseitige Ausrichtung auf das Abitur, ist heute in fast allen Fächern die Zahl der Studienbewerber höher als die Zahl der vorhandenen Studienplätze, so daß an den deutschen Hochschulen Höchstzahlen für die Zulassung zum Studium festgelegt wurden (Numerus clausus). Durch den Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen wird der bestehende Mangel nur unzureichend verwirrt. Grundlegende Veränderungen im Bildungsbereich sind notwendig, um einen schrittweisen Abbau des Numerus clausus einzuleiten.

66. Weiterbildung

Das Gesetz zur Förderung der Teilnahme an Bildungsveranstaltungen für Arbeitnehmer bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres kann bisher nur von einer relativ kleinen Zahl von jungen Arbeitnehmern in Anspruch genommen werden. Die Plätze in vorhandenen Bildungseinrichtungen reichen nicht annähernd aus.

67. Bibliotheken

Unsere öffentlichen Bibliotheken sollen den Bürgern aller Altersgruppen eine umfassende Informationsmöglichkeit anbieten. Sie müssen den Anforderungen moderner Erwachsenenbildung entsprechen.

— die Rechtsaufsicht konsequent ausgeübt wird.

Die CDU wird allen Versuchen, Berlins Universitäten als Einrichtungen des Klassenkampfes zu mißbrauchen, entschieden entgegenzutreten.

Die Berliner CDU fordert die Zusammenfassung aller Berliner Hochschulen zu einem Hochschulgesamtbereich. Er soll die Zusammenarbeit der selbstständigen Hochschulen sichern und Voraussetzungen für wechselseitige Übergänge schaffen. In geeigneten Fachrichtungen ist eine Integration der Studiengänge an den verschiedenen Bildungseinrichtungen zu erarbeiten und zu erproben.

Die Berliner CDU will innerhalb des Hochschulgesamtbereiches Einrichtungen schaffen, die nach Bildungsauftrag, Lehrkörper und Studentenzahl übersichtlich und funktionsfähig sind.

Die Berliner CDU fordert eine Neufassung des Hochschullehrerrechts:

- vermehrte Promotions- und Habilitationsstipendien zur Vorbereitung auf den Hochschuldienst;
- Abschaffung der Rechtsstellung der bisherigen Assistenzprofessoren;
- Aufnahme von Hochschullehrern mit Lehrfunktionen in den Hochschuldienst und nach einer Bewährungsphase. Möglichkeit der Übernahme in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit.

Die Berliner CDU fordert ein neues Universitätsgesetz und entsprechende Änderung im Fachhochschulgesetz:

- eine neue Zusammensetzung der Entscheidungsgremien unter Berücksichtigung der vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten Grundsätze;
- Neuverteilung der Aufgaben der verschiedenen Universitätsorgane bei gleichzeitiger Abschaffung des Konzils;
- eine Sonderregelung für den medizinischen Bereich.

Das Verhältnis zwischen Staat und Universitäten muß mit dem Ziel stärkerer Verantwortung des Abgeordnetenhauses neu geregelt werden:

- Beschlußfassung über den Universitätshaushalt durch das Abgeordnetenhaus und damit Verzicht auf die bisherige Form des Globalzuschusses;
- stärkerer Einfluß des Landes auf die Personalpolitik der Universitäten durch Abschaffung der Dienstherrenfähigkeit;
- stärkere Kontrolle des Haushaltsvollzuges der Universitäten durch das Land Berlin.

Die Berliner CDU fordert eine Reform der Studiengänge und Prüfungsordnungen unter den Gesichtspunkten der

- Orientierung der Prüfungsinhalte am Beruf;
- methodische Sicherheit und selbständige Weiterbildung;
- Objektivierung der Prüfungsverfahren;
- notwendige Teamarbeit in einer arbeitsteiligen Gesellschaft;
- sinnvolle Stufung der Studiengänge und der Durchlässigkeit innerhalb des Hochschulgesamtbereiches.

Daneben ist es notwendig, Rahmenbestimmungen für Prüfungen oder Prüfungsordnungen durch den Staat auf Vorschlag von gemischten Kommissionen zu verabschieden, um ein einheitliches Prüfungsniveau zu gewährleisten.

Die Berliner CDU fordert, den Selbstverwaltungsverband der Studentenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts neu zu errichten.

Die Berliner CDU fordert:

- Maßnahmen zur größeren Attraktivität von Ausbildungsgängen außerhalb der Hochschulen;
- eine Überprüfung des Staatsvertrages mit dem Ziel, gerechtere, leistungsbezogene Auswahlkriterien zu entwickeln;
- Ausbaumaßnahmen an Hochschulen vorrangig in Studienrichtungen mit großer Nachfrage und gesicherten zukünftigen Berufschancen.

Die Berliner CDU fordert:

- den Bau und Ausbau von Bildungsstätten, um allen jungen Arbeitnehmern die Möglichkeit zu geben, an Bildungsveranstaltungen teilzunehmen;
- die finanzielle Förderung insbesondere von freien Trägern der Bildungsarbeit;
- die Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten nach Maßgabe der wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten sowie der Zahl der vorhandenen Plätze in Bildungseinrichtungen.

Die Berliner CDU fordert:

- die Erhöhung des Buchanschaffungsatzes;
- die Erweiterung des Fachbuchbestandes;
- die Einbeziehung des Verleihs moderner Medien (Schallplatten, Filme, Fernsehkassetten, Dia-Serien, Tonbänder) in das Angebot der Bibliotheken.

VIII. Bauen und Wohnen in Berlin

68. Grundsätze

Ziel christlich-demokratischer Wohnungspolitik ist es, den Anspruch auf menschenwürdiges Wohnen zu verwirklichen. Die Wohnung ist der geschützte Privatbereich der Bürger, insbesondere der Familie, und kann nicht nur als ein langlebiges, sehr teures Wirtschaftsgut angesehen werden. Obwohl im Westteil Berlins heute mehr Wohnungen vorhanden sind als vor dem Zweiten Weltkrieg und die Bevölkerung um fast ein Drittel abgenommen hat, gibt es eine unveränderte hohe Nachfrage nach Wohnraum, der kein entsprechendes Angebot gegenübersteht. Der Hauptgrund für diesen Mißstand ist in der Tatsache zu suchen, daß ein großer Teil des Althausbestandes den Anforderungen nicht mehr genügt, die heute an Wohnungen zu stellen sind. Tatsächlich konzentriert sich die Nachfrage auf Altbaukomfortwohnungen und im sozialen Wohnungsbau errichtete Wohnungen. Das Berliner Wohnungsproblem ist nicht in erster Linie ein Mengen- sondern ein Qualitätsproblem.

69. Besondere Wohnbedürfnisse

Berlin ist die deutsche Stadt mit dem höchsten prozentualen Anteil von älteren Menschen an der Wohnbevölkerung. Die Folge ist, daß die Zahl der Ein-Personen-Haushalte hier außergewöhnlich hoch ist.

Unsere Bevölkerungsstruktur verlangt aber auch eine besondere Förderung der jungen Familie und alleinstehender Mütter mit Kindern. Diesen Bedürfnissen entspricht das heutige Wohnungsangebot in keiner Weise. Körperbehinderte fordern zu Recht seit langem technisch für sie geeignete Wohnungen.

70. Modernisierung und Sanierung

In West-Berlin gibt es immer noch rund 135 000 Wohnungen ohne WC, die sich auch nicht modernisieren oder mit ausreichenden hygienischen Einrichtungen ausstatten lassen. Neben diesen „Bruchbuden“ gibt es eine große Anzahl von erhaltenen Altbauwohnungen, die durch entsprechende Umbauten den heutigen Anforderungen angepaßt werden können. Diese Altbausubstanz repräsentiert nicht nur einen großen volkswirtschaftlichen Wert, sie ist darüber hinaus ein charakteristisches Merkmal des Berliner Stadtbildes. Diese Altbauten zu erhalten, bedeutet zugleich, daß Berlin nicht nur von der Anonymität und Sterilität vieler moderner Zweckbauten geprägt wird.

71. Wohnungsbau

Die Bevölkerungsbilanz unserer Stadt ist negativ. Es sterben nicht nur mehr Menschen hier als geboren werden. Es verlassen über lange Zeiträume hinweg auch mehr Berliner die Stadt, als Westdeutsche nach Berlin ziehen.

Bei allen Untersuchungen über die Gründe für diese gefährliche Entwicklung steht die Wohnungsfrage an oberster Stelle. Wir werden nur Menschen an diese Stadt binden oder für Berlin gewinnen, wenn gute Wohnungen in ausreichender Zahl angeboten werden können. Damit ist der Wohnungsbau für Berlin zu einer der Existenz der Stadt berührenden Schlüsselfrage geworden.

72. Soziales Mietrecht

Die Baukosten sind in den letzten Jahren stärker gestiegen als je zuvor. Die Kostenmiete ist jetzt bei 18 Mark pro Quadratmeter und mehr angelangt. Diese enorme Verteuerung ist auf die Kapitalknappheit und die hohen Zinsen zurückzuführen. Daneben verursacht eine immer noch weitgehend konventionelle und personalintensive Bauweise höhere Kosten.

Die Steigerung der Baukosten läßt die Wohnungsbaufinanzierung immer mehr zu einer Angelegenheit der öffentlichen Hand werden. 18 Mark Quadratmetermieten kann niemand mehr aufbringen. Sie stünden auch in keinem Verhältnis zum angebotenen Wohnwert. Die Mieten müssen durch öffentliche Hilfen in tragbaren Grenzen gehalten werden.

73. Altbaukosten

Die Altbaukosten in Berlin wurden auf einer unterschiedlichen Höhe eingefroren, je nachdem, welchen Wohncharakter vor 60 Jahren das jeweilige Viertel besaß. Die Preisstellen für Mieten können daher nur sehr schwer beurteilen, ob gewisse Mietforderungen gerechtfertigt sind. In der Praxis bedeutet das vielfach, daß Mietwucher nicht wirkungsvoll bekämpft werden kann. Dieser Mißstand trifft besonders unsere ausländischen Mitbürger.

74. Raumordnung

West-Berlin ist eine Insel. Auf 480 Quadratkilometern müssen optimale Lebensbedingungen für über zwei Millionen Menschen geschaffen werden. Dies zwingt zu einer strengen Raumordnung. Die Wohn-dichte übersteigt in einigen innerstädtischen Gebieten die vertretbaren Grenzen. Dort ist gleichzeitig die Versorgung der Bevölkerung mit Gemeinschaftseinrichtungen besonders mangelhaft. Industrielle Bauweise ist anzustreben, damit die Baukosten verringert werden können. Dabei sind die Maßnormen, die eine

Die Berliner CDU fordert, daß ein freier Wohnungsmarkt in Berlin erst dann zugelassen wird, wenn ein ausreichend großes Angebot an vergleichbar guten Alt- und Neubauwohnungen vorhanden ist.

Die Berliner CDU fordert, den Wohnungsbau in Berlin stärker auf den Bau von Wohnungen für Alleinstehende zu konzentrieren. Auch sollte der Errichtung von Gespannwohnungen größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Daneben ist der Bau von Wohnungen mit familiengerechten Wohnflächen besonders zu fördern. Für benachteiligte Gruppen wie alleinstehende Mütter mit Kindern oder Körperbehinderte sind geeignete Sonderprogramme durchzuführen und Zuschüsse zu gewähren.

Die Berliner CDU fordert einen verstärkten Wohnungsbau, damit ein gewisser Wohnungsüberhang geschaffen wird. Dadurch kann das Qualitätsproblem schneller gelöst werden, die Stadtsanierung beschleunigt und Althausbesitzer zur Modernisierung ermuntert werden, da sie sonst in Gefahr geraten, ihre Wohnungen nicht mehr vermieten zu können. Die CDU will, daß die Altbau modernisierung durch direkte öffentliche Zuschüsse wirkungsvoller als bisher gefördert wird. Diese öffentliche Hilfe ist gerechtfertigt, weil dadurch wertvolle Wohnungen für die Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden und Substanzverluste, die häufig die Folge von Mietpreisbindungen sind, auf diese Art aufgefangen werden können.

Die Berliner CDU fordert, in Berlin jährlich 20 000 Wohnungen fertigzustellen. Auf Grund der übergeordneten Bedeutung, die dem Wohnungsbau für die Zukunftssicherung Berlins zukommt, fordert die Berliner CDU von der Bundesregierung, hierfür zusätzlich erforderliche Mittel bereitzustellen. Auch die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte und die Bundesanstalt für Arbeit sind aufgefordert, eigene Mittel in den Berliner Wohnungsbau einzusetzen.

Die CDU fordert ferner die Ausgabe steuerfreier Pfandbriefe zur Wohnungsbaufinanzierung. Die gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften sollen gesetzlich gebunden werden, freiwerdendes Kapital ausschließlich für den Wohnungsbau zu verwenden. Um eine günstige Finanzierung des Wohnungsbaues zu ermöglichen, dürfen öffentliche Bauten nicht mehr unter Zuhilfenahme von Bauspardarlehen oder WBK-Mitteln errichtet werden.

Die CDU strebt die verstärkte staatliche Förderung des Baus von Eigenheimen und in Berlin vor allem von Eigentumswohnungen an. Dabei sollte für einkommensschwächere Bevölkerungsschichten der Zugang zum Wohnungseigentum durch ein besonderes Kreditprogramm zur Beschaffung des Eigenkapitals erleichtert werden. Den Erwerb einer Eigentumswohnung auf dem Wege der „Kaufmiete“ betrachtet die CDU als den besten Weg zur Vermögensbildung für jedermann.

Die Berliner CDU fordert, jedermann den Zugang zur öffentlich geförderten Wohnung zu ermöglichen. Übersteigt das Einkommen des Wohnungssuchenden die gesetzliche Höchstgrenze, soll eine gestaffelte Ausgleichsabgabe zusätzlich zur Miete abverlangt werden. In regelmäßigen Abständen ist ein Einkommensnachweis zu erbringen. Das wäre gleichzeitig ein Beitrag zur Lösung des Problems der Fehlbelegung von Sozialwohnungen.

Die hohen Baukosten können nur durch eine grundsätzliche Umstellung der Fertigungsmethoden gesenkt werden.

Die Berliner CDU fordert, daß die Altbaukosten neu nach vernünftigen Kriterien festgesetzt werden. Maßstab für die jeweilige Miete darf nicht mehr eine rein lineare Fortschreibung sein, sondern Faktoren wie Alter, Bausubstanz, Lage und Ausstattung sollen Grundlagen für neue Mietfestsetzungen bilden. Diese Umstellung muß generell keine Verteuerung der Miete bedeuten. Hingegen ermöglicht sie eine Kontrolle der Rechtmäßigkeit des im Einzelfall geforderten Mietzinses.

Die Berliner CDU fordert eine Stadtentwicklungspolitik, die unerträgliche Zusammenballungen von Menschen in Gebieten mit ungesunden Wohnverhältnissen auflöst.

Deshalb bejaht die CDU eine sinnvolle Stadtsanierung auch, damit die Wohndichte gesenkt und Flächen für den Gemeinbedarf und für Freizeit und Erholung gewonnen werden können. Die in Berlin bislang betriebene Flächensanierung wird abgelehnt, weil sie mittelfristig soziale Notstandsgebiete schafft und mit

Bauteilfertigung in kleinen und mittleren Betrieben ermöglicht, zu bevorzugen.

75. Bauordnung

Die Berliner Bauordnung ist überaltert. Sie berücksichtigt nicht neuzeitige Baumethoden, moderne Baustoffe oder Bausysteme. Durch die gegenwärtig geltende Bauordnung entstehen unnötiger Verwaltungsaufwand und Leerlauf in der Bearbeitung von Bauanträgen. Die geltenden Vorschriften verhindern zum Teil auch, daß kostengünstige Baumethoden angewandt werden können.

76. Bauplanung

Die von der CDU geforderte Konzentration auf dem Wohnungsbau schließt gegenwärtig öffentliche Mammutprojekte aus. Vor allem muß eine abgeschlossene Planung vorliegen, die überschaubare Kosten garantiert, bevor ein Bau in Angriff genommen wird. Die CDU wird sich nicht in Bauabenteuern stürzen, die sich lediglich auf architektonische „Visionen“ gründen.

77. Stadtbildpflege

Nach dem stürmischen Wiederaufbau Berlins muß in Zukunft der Erhaltung vorbildlicher und der Verbesserung vorhandener Stadtstrukturen ein höherer Stellenwert eingeräumt werden. Stadtbildpflege hat nichts mit sentimentaler Nostalgie zu tun, sondern sorgt dafür, daß der Bürger sich mit seiner unmittelbaren Umgebung identifizieren und sich in ihr heimisch fühlen kann und daß eine Stadt einen unverwechselbaren Charakter behält.

78. Transparenz der Senatsbauplanung

An verschiedenen öffentlichen Bauvorhaben hat sich in letzter Zeit eine zum Teil heftige Kritik in der Bevölkerung entzündet. Dies ist mit darauf zurückzuführen, daß die Öffentlichkeit oftmals nur mangelhaft und verspätet über Bauvorhaben unterrichtet wird.

IX. Gesundheitspolitik

79. Krankenhausreform

Jeder Bürger hat Anspruch auf zweckmäßige und angemessene Krankenhausleistungen. Das setzt leistungsfähige und wirtschaftlich arbeitende Krankenhäuser voraus sowie wirksame Regelungen ihrer äußeren und inneren Struktur.

Nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz muß durch eine Bedarfsplanung eine Krankenhausstruktur geschaffen werden, die durch ein bedarfsgerecht gegliedertes und abgestuftes System leistungsfähiger Krankenhäuser zur allgemeinen und speziell zur stationären Versorgung der Bevölkerung gekennzeichnet ist. Der Krankenhausbedarfsplan des Landes Berlin von 1973 erfüllt diese Voraussetzungen nicht.

Gesundheitspolitisches Ziel der Berliner CDU ist es, die Unterschiede in der ärztlichen und pflegerischen Betreuung in Krankenhäusern im Sinne einer optimalen Versorgung zu beseitigen.

Derartige Regelleistungen müssen durch zusätzliche, wahrweise angebotene Leistungen ergänzt werden, die sowohl die ärztliche Behandlung als auch die Unterkunft umfassen.

80. Wirtschaftliche Sicherung der freien gemeinnützigen Krankenanstalten

Grundlage für die Finanzierung der Investitionskosten der Krankenhäuser ist der Krankenhausbedarfsplan des Landes Berlin. Von seiner qualitativen Ausgestaltung und Fortschreibung hängt es ab, inwieweit die Funktionsfähigkeit aller Krankenhäuser gesichert bleibt.

81. Patientenversorgung

Alle Patienten haben Anspruch auf gleiche ärztliche Behandlung, pflegerische Betreuung, medikamentöse und apparative Versorgung im Krankenhaus, und zwar unabhängig davon, ob es sich um sozialversicherte oder selbstzahlende Patienten handelt.

Gewalt in gewachsene Stadtstrukturen eingreift. Die Entballung innerstädtischer Gebiete zwingt zur baulichen Verdichtung anderer Stadtteile. Diese hat so schonend wie möglich zu erfolgen. Dabei ist auf den gegebenen Grundcharakter eines Gebietes weitgehend Rücksicht zu nehmen. Eine stärkere bauliche Nutzung der Flächen in den Außenbezirken sollte insbesondere entlang der Nahverkehrsstrecken gefördert werden. Die CDU fordert zu diesem Zweck eine völlige Überarbeitung des Flächennutzungsplanes mit dem Ziel, zusätzliches Bauland für einen verstärkten Wohnungsbau zu schaffen und dabei gleichzeitig für die Wirtschaft den entsprechenden Entwicklungsraum zu sichern.

Einer Massierung von öffentlichen Bauten und privaten Verwaltungsbauten in reinen Wohngebieten ist jedoch entgegenzuwirken. Vielmehr ist in geeigneten Lagen die Mehrfachnutzung von öffentlichen Flächen und Gebäuden anzustreben.

Die Berliner CDU fordert eine vom Staub der Bürokratie befreite Bauordnung, mit der der Praktiker vernünftig umgehen kann.

Die Berliner CDU fordert, daß in absehbarer Zeit keine neuen gigantischen Behördenbauten, wie zum Beispiel ein Polizeipräsidium, errichtet werden. Öffentliche Bauvorhaben müssen realistische Planungen und exakten Kostenberechnungen zugrunde liegen. Um behördlichen Übermut bei der Durchführung von öffentlichen Bauvorhaben einzuschränken, ist eine Inanspruchnahme der Verantwortlichen für nicht genehmigte Baukosten vorzunehmen.

Die Berliner CDU fordert, daß historisch wertvolle Fassaden durch öffentliche Hilfe erhalten und wertvolle, geschichtlich gewachsene, städtebauliche Bereiche in ihrem Charakter gesetzlich geschützt werden müssen. Darüber hinaus sollen die städtischen Wohnungsbaugesellschaften bei den Bauvorhaben mehr als bisher zur Erhaltung des Stadtbildes beitragen. Bei der Genehmigung von Bauvorhaben sind stärker als bisher ästhetische Gesichtspunkte zu beachten.

Die Berliner CDU fordert eine größere und frühzeitige Transparenz der Senatsbauplanung. Sie bekennt sich gleichzeitig zu einer aktiven Beteiligung des Bürgers am Planungsgeschehen. Diese Mitwirkung muß aber durch die Bereitschaft gekennzeichnet sein, persönliche Interessen dem Gemeinwohl unterzuordnen.

Die Berliner CDU fordert einen verbesserten Krankenhausbedarfsplan. Sie will ein abgestuftes, leistungsfähiges Krankenhausssystem entwickeln, wobei vorrangig die Zahl und die Standorte von Schwerpunktkrankenhäusern zu bestimmen sind.

Im einzelnen fordert die Berliner CDU:

- die medizinisch-technische Ausrüstung unter Anpassung an die Aufgabenstellung und Größe der Krankenhäuser beschleunigt zu modernisieren;
- an den Schwerpunktkrankenhäusern innerhalb und neben den Fachhauptabteilungen Spezialabteilungen zu schaffen;
- die Möglichkeiten einer Auflockerung des starren Abteilungssystems zu analysieren mit dem Ziel, ein nach medizinischen Indikationen gestaffeltes Pflegesystem, von Intensivpflegestationen bis Leichtpflegestationen, zu schaffen;
- die Abteilungen für chronische und Alterskranke fachlich zu gliedern und, soweit möglich, sie mit Allgemeinkrankenhäusern organisatorisch zu verbinden;
- an Schwerpunktkrankenhäusern Nachsorgeabteilungen einzurichten;
- die völlige Funktionsfähigkeit der akademischen Lehrkrankenhäuser, die zur klinischen Ausbildung des ärztlichen Nachwuchses herangezogen werden, herzustellen;
- alle Strukturplanungen mit den autonomen Trägern der freien gemeinnützigen Krankenanstalten abzustimmen und
- psychiatrische Fachabteilungen Allgemeinkrankenhäusern anzugliedern.

Die Berliner CDU fordert:

Den freien gemeinnützigen Krankenanstalten muß durch die Bereitstellung von ausreichenden Förderungsmitteln ermöglicht werden, ihre Aufgaben uneingeschränkt zu erfüllen. Eine unterschiedliche Behandlung von freien gemeinnützigen und städtischen Krankenanstalten bei der Investitionsfinanzierung lehnt die CDU ab.

Die Berliner CDU fordert, daß im Sinne der Gleichbehandlung jeder Patient Anspruch auf optimale Unterbringung je nach Art und Schwere seiner Erkrankung hat.

Zur Verbesserung der Patientenversorgung fordert die CDU:

- die Einrichtungen zur Behandlung querschnittsgelähmter Patienten, Schwerverbrannten (in vollklimatisierten Räumen) und zur Behandlung mit der künstlichen Niere (Dialyse-Behandlung) verstärkt auszubauen;
- schneller Unfallverletzte durch mobile Behandlungseinrichtungen (Spezialkrankefahrzeuge) zu versorgen;
- die Krankenkassen zu verpflichten, weitgehend die Pflegekosten für chronisch Kranke zu übernehmen;
- die Behandlung überwiegend pflegebedürftiger Patienten in Krankenhäusern für chronisch und

82. Pflegepersonal

Die Krankenhäuser stehen vor großen personellen Schwierigkeiten. Es fehlt vor allem Pflegepersonal. Einzelne Pflegeeinheiten mußten deswegen bereits stillgelegt oder konnten nicht eröffnet werden. Das sind Alarmzeichen, die eine schnelle und umfassende Abhilfe notwendig machen.

Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Krankenhaus ist erforderlich. Die Pflegeberufe müssen auch unter materiellen Gesichtspunkten attraktiver gemacht werden. Nur so kann man die berufssuchenden Jugendlichen interessieren und die Abwanderung von ausgebildetem Personal vermeiden.

83. Ärzte im Krankenhaus

Durch das derzeitige Krankenhaussystem können die modernen medizinischen Möglichkeiten nicht optimal ausgeschöpft werden.

Die laufenden Entwicklungen im medizinischen und technischen Bereich erfordern eine zunehmende Spezialisierung der Ärzte.

Der zur Zeit benutzte „Bettenschlüssel“ zur Ermittlung des Bedarfs an ärztlichem Personal ist unzureichend, die Art der Bedarfsermittlung ist unzweckmäßig.

84. Kosten und Leistungen

Eine wirkungsvolle Rationalisierung mit dem Ziel, die Leistungen zu steigern und die Kosten zu senken, setzt fundierte Kenntnisse der Verhältnisse von Leistungen und Kosten in den Krankenhäusern voraus. Rationalisierung greift erheblich in die Strukturformen der Krankenhäuser ein.

85. Elektronische Datenverarbeitung

Der Computer hat sich in vielen Krankenhäusern außerhalb Berlins bewährt. Die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung im Krankenhaus bedeutet ein entscheidendes Hilfsmittel der Medizin in Diagnose und Therapie. Die Steuerung und Überwachung des gesamten Informationsflusses der Krankenhäuser ist eine wichtige Zukunftsaufgabe.

86. Heilberufe

Bestrebungen, die freie Tätigkeit der Heilberufe allmählich einzuzengen, sind in der letzten Zeit verstärkt worden.

Alterskranke beizubehalten (die Unterbringung dieser Patienten in Krankenhäusern wird abgelehnt, da diese Pflegeanstalten mit schlechterer Versorgung wären);

- die Krankenzimmer im Regelfall mit höchstens vier Betten einzurichten;
- den Ablauf der diagnostischen, therapeutischen und administrativen Maßnahmen im Krankenhaus an Wochenenden zu intensivieren, um die Liegedauer zu verkürzen;
- das morgendliche Wecken und die Ausgabe der Mahlzeiten zu den verschiedenen Tageszeiten dem natürlichen menschlichen Lebensrhythmus des Patienten anzupassen;
- allen Patienten gleiche Möglichkeiten zur Auswahl unter verschiedenen Essensangeboten einzuräumen, soweit nicht eine bestimmte Kost ärztlich verordnet ist.

Die CDU vertritt die Ansicht, daß im Gegensatz zur bisherigen Regelung eine angemessene Beteiligung von Belegärzten an der stationären Behandlung, insbesondere bei den kleineren operativen Fächern und in Stadtrandgebieten, gewährleistet werden muß.

Die Berliner CDU fordert eine langfristige Personalbedarfsplanung zur Sicherung der Qualität der Krankenhausleistungen. Eine weitere Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zusätzliche Maßnahmen zur sozialen Sicherung für die verschiedenen Berufsgruppen im Krankenhaus sind unentbehrlich.

Mit einer Reihe von Einzelmaßnahmen will die Berliner CDU die Mißstände im Bereich des Pflegepersonals beseitigen. Dazu gehören:

- Anpassung der Zahl der Planstellen für die verschiedenen Berufsgruppen an reale Bezugsgrößen (Arbeitszeit und Arbeitsleistungen) und Anfertigung entsprechender Arbeitsplatzanalysen;
 - bessere Aufstiegschancen, auch beim männlichen Pflegepersonal, durch Vermehrung der Funktionsstellen;
 - verstärkte Bereitstellung von Halbtagsplanstellen, insbesondere auch zur Reaktivierung des aus dem Beruf ausgeschiedenen weiblichen Pflegepersonals;
 - Entlastung des examinierten Pflegepersonals durch verstärkte Beschäftigung von Stationssekretärinnen, Hilfskräften und den Einsatz technischer Mittel;
 - mehr bedarfsgerechte Wohnungen für das Pflegepersonal (auch mit Familie) und zügige Vermittlung von Wohnraum für Personal aus dem übrigen Bundesgebiet;
 - mehr Betriebskindertagesstätten;
 - bessere, zeitgemäße und praxisnahe Krankenpflegeausbildung;
 - moderne Struktur und die finanzielle Sicherung der Schulen der Krankenpflegeberufe;
- Besondere Aufmerksamkeit muß der berufsbegleitenden Aus- und Fortbildung aller Personengruppen im Krankenhaus gewidmet werden. Sie gilt es zu intensivieren. Daneben darf eine verstärkte betriebswirtschaftliche Weiterbildung der Verwaltungskräfte in leitenden Funktionen nicht vernachlässigt werden.

Die Berliner CDU fordert, daß hochqualifizierten Ärzten bessere berufliche Chancen im Krankenhaus geboten werden.

Unumgänglich sind wegen der notwendigen ganzheitlichen Behandlung der Patienten Maßnahmen, die dazu beitragen, die Fachspezialisten in Organisationsformen zusammenzufassen, die von der Kooperation bis zur Integration mit anderen Krankendienstleistungen reichen. Daraus müssen die personellen Folgerungen gezogen werden.

Die CDU vertritt die Auffassung, daß mit Hilfe von Berechnungsgrundlagen, wie sie z. B. in der Röntgenologie bereits gebräuchlich sind, die ärztlichen Effektivleistungen erfaßt und der Personalbedarfsermittlung zugrunde gelegt werden sollten.

Die Höhe ärztlicher Vergütung muß an der Qualität der Leistung und der persönlichen Verantwortung gemessen werden. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, die Chancen beruflichen Aufstiegs zu erhöhen.

Um zu einem ausgewogenen Verhältnis von Leistung und Kosten zu kommen, fordert die Berliner CDU eine langfristige Rationalisierungskonzeption, die mit der notwendigen Krankenhausstrukturreform zu koordinieren ist.

Die medizinisch-technischen Einrichtungen und die apparativen Ausstattungen der Krankenhäuser müssen der Zielsetzung einer abgestuften Krankenhausversorgung entsprechen.

Rationalisierungsmaßnahmen zur Leistungssteigerung der Krankenhäuser und der Ausbau automatisierter Arbeitsverfahren sind verstärkt durchzuführen.

Die Berliner CDU fordert:

- möglichst alle Bereiche des Gesundheitswesens in die Datenverarbeitung einzubeziehen (Datenbank);
- ein leistungsfähiges Organisationsteam aus verschiedenen Berufsgruppen (Betriebswirte, EDV-Fachleute, Mediziner, Physiker usw.) bei der zuständigen Senatverwaltung zu bilden, das über zentrale Lenkungen gegenüber den Krankenanstalten verfügt;
- endlich mit der zentralen Aus- bzw. Fortbildung der vorhandenen und neu einzustellenden Mitarbeiter in den Krankenhäusern zu beginnen;
- die Koordinierung aller Arbeiten auf dem Gebiet der EDV mit den übrigen Trägerverbänden von Krankenanstalten, den Universitätskliniken und der frei praktizierenden Ärzteschaft zu intensivieren;
- wissenschaftlichen und praktischen Erfahrungsaustausch mit Instituten und Fachkräften des In- und Auslandes zu pflegen;
- notwendige Strukturformen im Berliner Krankenhauswesen rechtzeitig auf die Erfordernisse der elektronischen Datenverarbeitung auszurichten.

Die Berliner CDU tritt nachhaltig für die Erhaltung der beruflichen Freiheit ein, insbesondere auch die der frei praktizierenden Ärzte und Zahnärzte. Sie

101. Bedeutung des Sports

Für die Gemeinschaft und für den einzelnen kann die Bedeutung des Sports nicht hoch genug eingeschätzt werden.

In der modernen Gesellschaft erfüllt der Sport erzieherische, gesundheitliche und soziale Aufgaben.

102. Schulsport

Der Sport in der Schule wird nicht genug gefördert. Unterrichtskürzungen erfolgen oft auf Kosten des Sportunterrichts. Ausgebildete Sportlehrer werden zu wenig eingesetzt. Ein moderner, differenzierter Unterricht ist oft nur in bescheidenem Umfang möglich. Die schulische Leibeserziehung hat bisher den Fragen der Talentsuche und der Talentförderung wenig Beachtung geschenkt.

103. Sportvereine

Die Arbeit in den Sportvereinen ist ein wichtiger Bestandteil des freien Sports. Sie könnte durch besoldete Kräfte jedoch wirksamer unterstützt werden. So wäre ein vielfältiges Angebot für Menschen aller Altersstufen und unterschiedlicher körperlicher Leistungsfähigkeit im Sport zu erreichen.

104. Sportstätten

Erst durch ein vielseitiges Angebot von Sportstätten hat jeder die Möglichkeit, den Sport zu betreiben, der ihn interessiert.

105. Grundsätze

Die Familie ist die erste und wichtigste Gemeinschaft für den Menschen, für die Gesellschaft und für den Staat. In ihr soll der junge Mensch die grundlegenden, über seine Entwicklungsmöglichkeiten entscheidenden Fähigkeiten erwerben. Schutz und Förderung der Familie müssen ein unantastbares Prinzip der innerstaatlichen Ordnung bleiben.

Die Erziehungsfähigkeit der Eltern und die sozialen Chancen der Kinder sind zu verbessern.

Die Erziehung und Bildung des jungen Menschen in der Familie soll durch freie und öffentliche Jugendhilfe unterstützt, ergänzt und notfalls ersetzt werden.

106. Vorbereitung auf die Familie

Es kann nicht in jedem Falle vorausgesetzt werden, daß junge Menschen fähig sind, Familienleben zu gestalten und Kinder zu erziehen.

Darum muß die Vorbereitung auf diese Aufgabe in die schulische und außerschulische Bildung aufgenommen werden.

107. Familie und Wohnung

Angemessener Wohnraum ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß die Familie ihre Aufgaben erfüllen kann. Die Bereitstellung familiengerechten Wohnraums ist und bleibt daher ein besonders wichtiges Anliegen.

Gerade die jungen Familien sind heute meist aus den gewachsenen Beziehungen der Nachbarschaft herausgerissen und isoliert. Durch neue Formen der Nachbarschaftsbeziehung muß diese Isolierung aufgehoben werden.

108. Die junge Familie

Junge Familien stehen vor besonderen Schwierigkeiten bei der Sicherung ihrer Existenz und beim Aufbau ihres gemeinsamen Lebens. Sie brauchen darum mehr Beratung und finanzielle Förderung.

109. Familie und Erholung

Es erscheint für künftige Arbeitszeitregelungen wichtiger, den Urlaub zu verlängern, als die Arbeitszeit zu verkürzen.

Ziel der Berliner CDU ist es, durch eine möglichst umfassende Förderung sowohl den Breiten- als auch den Leistungssport nachdrücklich zu unterstützen. Die auf privater Initiative aufgebauten Sportvereine bedürfen einer nachdrücklicheren steuerlichen und materiellen Förderung.

Die Berliner CDU will den Schulsport stärker fördern. Sie will die organisatorischen und personellen Voraussetzungen für einen erweiterten Schulsport schaffen. Im einzelnen fordert sie:

- im 1. und 2. Schuljahr die tägliche Bewegungszeit;
- freiwillige Arbeitsgemeinschaften und Neigungsgruppen für Schüler aller Grund- und Sonderschulen;
- Weiterführung der Leistungsgruppen für Schüler der 5. bis 10. Klassen in besonderen Sportarten;
- Angebot besonderer Sportarten auch für die Oberstufen;
- Einrichtung einer Oberschule mit sportlichem Schwerpunkt und den Bau der notwendigen Übungsstätten;
- verbesserte Ausbildungsbedingungen für Sportstudenten und den
- Einsatz hauptamtlicher Fachberater für Leibeserziehung.

Die Berliner CDU tritt für eine enge Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen zur Förderung des Breiten- und Leistungssports ein.

Sie will regelmäßige Leibeserziehung an allen Berufsschulen erreichen.

Die Berliner CDU fordert:

- die Verbände und Vereine beim Aufbau einer wirkungsvollen Organisation und Verwaltung zu unterstützen. Dazu gehört auch, daß — je nach Größe des Vereins — haupt- und nebenamtliche Verwaltungskräfte bereitgestellt werden;
- einen vielschichtigen Übungsbetrieb zu ermöglichen und dazu die erforderlichen haupt- und nebenamtlichen Leiter auszubilden und angemessen zu besolden oder zu entschädigen.

Die Berliner CDU fordert:

- verstärkten Bau von Frei- und Hallenbädern in kombinierter Form;
- mehr Mittel zur Unterhaltung und Erneuerung bestehender Sportanlagen;
- stärkere Berücksichtigung der Wünsche der Sportvereine bei der Planung und Unterhaltung von Schulsportanlagen;
- Bereitstellung geeigneter Sportstätten als Freizeitanlagen für Familien und nicht vereinsgebundene Mitbürger;
- Förderung des Baues von Jugendgruppenräumen in Verbindung mit Sportanlagen;
- ein Sonderprogramm zum Ausbau der Berliner Sportstätten.

XII. Familie

Ideologische Einflüsse haben in den letzten Jahren die Bedeutung der Familie für unsere Zukunft immer mehr verkleinert. Demgegenüber vertritt die Berliner CDU die Auffassung, daß das Recht der Eltern zur Erziehung ihrer Kinder gewährleistet bleiben muß.

Es muß aber auch der Schutz der Kinder vor Kriminalität und vor Mißbrauch der elterlichen Gewalt verstärkt werden.

Die Berliner CDU hält die Fertigstellung einer Strukturanalyse über die Berliner Familie und ihre Situation für vordringlich.

Die Berliner CDU fordert, daß in vermehrtem Maße Kurse abgehalten werden, in denen Jugendliche auf die Ehe und auf ein Familienleben vorbereitet werden.

Die Berliner CDU fordert eine gezieltere Wohnungsvergütung einkommensschwacher Familien und ihre Förderung bei der Vergabe von Wohnraum.

Der Bau von „Gespannwohnungen“ ist zu verstärken, um durch das Mit- und Nebeneinander von Jung und Alt in getrennten Wohnbereichen eine sinnvolle familiäre Zusammenarbeit unter Beibehaltung der jeweiligen Eigenständigkeit zu ermöglichen.

Ziel ist es, Gemeinwesenarbeit zu fördern und damit sachliche Voraussetzungen für Nachbarschaftsbeziehungen zu schaffen.

Die Berliner CDU fordert:

- die verstärkte Bereitstellung angemessener Wohnungen für junge und für kinderreiche Familien;
- steuerliche Vergünstigungen für die jungen Familien;
- die Einführung eines Kinderpasses für kinderreiche Familien mit der Berechtigung, verbilligt öffentliche Verkehrsmittel, Bäder und andere öffentliche Einrichtungen zu benutzen;
- eine ausreichende Anzahl von Plätzen in Kindertagesstätten;
- sowie Angebote von Kindertagesstättenplätzen auch während der Sommerferien.

Die Berliner CDU vertritt die Auffassung, daß einer familiengerechten Erholung bisher zuwenig Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Deshalb fordert sie:

- mehr Möglichkeiten zur Familienerholung mit individueller Gestaltung;
- die Unterstützung der Kirchen und anderer Organisationen, die bei der Durchführung von Familien-

110. Die berufstätige Mutter

Die Doppelbelastung der Mutter in Familie und Beruf muß anerkannt werden. Dabei geht es nicht nur um die besondere Schutzbedürftigkeit und gesetzliche Gleichberechtigung der Frau, sondern auch um soziale Chancengleichheit. Das gilt auch für die alleinstehende Mutter.

111. Beratung und Hilfe

Der soziale Wandel in unserer Gesellschaft ist mit Problemen und Belastungen verbunden, die einzelne Familien oder Familienmitglieder oft nicht allein lösen können.

Zur Bewältigung bestehender und zur Abwehr absehbarer Konflikte und Notlagen muß durch freie und öffentliche Träger ein breitgefächertes Angebot von Beratungs- und Hilfsmöglichkeiten geschaffen oder entsprechende vorhandene Einrichtungen ausgebaut werden.

XIII. Der ältere Mensch

112. Grundsätze

Der ältere Mensch will kein Mitleid, er will vielmehr gleichberechtigter Partner in der Gesellschaft sein. Neben der materiellen Sicherung des alten Menschen kommt es vor allem auf seine bessere Einbeziehung in unsere Gesellschaft an.

Es ist darauf zu achten, daß Möglichkeiten zur Eigeninitiative und die Eigenverantwortlichkeit des älteren Bürgers, sein Selbstbewußtsein sowie das Gefühl, immer noch ein wertvolles Mitglied der Gesellschaft zu sein, erhalten bleiben. Seine soziale Sicherung muß gewährleistet und so bemessen sein, daß der erarbeitete Lebensstandard erhalten bleibt.

113. Beschaffung des Wohnraums

Aus materiellen und gesundheitlichen Gründen sind in vielen Fällen ältere Menschen zum Wohnungswechsel gezwungen.

114. Bereitstellung von Senioren-Freizeitstätten

Erfahrungsgemäß hängt der Besuch von Seniorenfreizeitstätten durch alte Mitbürger von der Qualität des Angebotes ab. Es gibt zu wenig Seniorenfreizeitstätten, die den Interessen der älteren Mitbürger entsprechen.

115. Beratung und Hilfe

Die Beratung und Hilfe für die älteren Menschen, die vorübergehend oder auch längere Zeit nicht mehr in der Lage sind, sich selbständig zu versorgen, ist eine unbestrittene gesellschaftliche Aufgabe.

116. Hilfe zu einer Beschäftigung oder Tätigkeit

Wichtig für den älteren Menschen ist eine sinnvolle und befriedigende Beschäftigung oder Tätigkeit. Sie hat auch dann ihre Berechtigung, wenn sie ohne unmittelbaren ökonomischen Nutzen erfolgt.

117. Hilfe bei der Verkehrsunterweisung

Der immer dichter werdende Verkehrsstrom macht eine gezielte Verkehrsunterweisung notwendig. Sie ist im Interesse aller Verkehrsteilnehmer.

- liefern helfen, durch die öffentliche Hand;
- die Verstärkung der öffentlichen Mittel zur Förderung von Maßnahmen zur Familienerholung.

Die Berliner CDU wird sich in besonderem Maße den Problemen der berufstätigen Frau annehmen. Sie tritt ein für:

- den Abbau der Leichtlohngruppen,
- bessere Aufstiegsmöglichkeiten,
- die Regelung sozialrechtlicher Besonderheiten bei Teilzeitbeschäftigung,
- Maßnahmen zur Erleichterung der Rückkehr ins Berufsleben, wie z. B. durch Angebote von Fortbildungsmöglichkeiten in der Zeit der Arbeitsunterbrechung.

Die CDU will erreichen, daß die Mutter durch eine finanzielle Unterstützung in die Lage versetzt wird, in den ersten zwölf Lebensmonaten des Kindes auf eine Erwerbstätigkeit zu verzichten.

Die Berliner CDU fordert:

- die Neueinrichtung und den Ausbau von Beratungsstellen;
- eine bessere konzeptionelle, materielle und personelle Ausgestaltung der Familienvorsorgeeinrichtungen;
- eine sachliche, nicht politisch motivierte Elternbildung;
- den Ausbau und Aufbau von Stätten zur heilpädagogischen Behandlung von behinderten und verhaltensgestörten Kindern;
- die Gleichstellung der Kinder aus geschiedenen Ehen mit nichtehelichen Kindern bei der Bemessung und Festsetzung der Unterhaltsrichtsätze.

Die Berliner CDU will den älteren Menschen voll in die Gesellschaft einbezogen wissen. Um den manchmal schwierigen Übergang in die nachberufliche Lebenszeit und die Aufgabenteilung reibungsloser zu gestalten, soll mit dem Aufbau eines Beratungssystems begonnen werden.

Die Berliner CDU will sich für den vermehrten Bau von altersgerechten Wohnungen einsetzen, um einem größtmöglichen Kreis älterer Menschen ein eigenes Heim zu sichern und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich solange wie nur möglich selbst zu versorgen und damit ihre Unabhängigkeit zu wahren.

Ältere Menschen sollen nach Möglichkeit in ihren angestammten Wohnbezirken bleiben können. Dafür ist die Sanierung und Modernisierung des vorhandenen Wohnraumes notwendig.

Wo sich dieses Ziel nicht erreichen läßt, soll der Bau von Seniorenwohnheimen beschleunigt werden. Die vorhandenen Einrichtungen müssen modernisiert und den heutigen Wohnansprüchen gerecht werden.

Die CDU tritt für den Bau von Seniorenzentren ein, die aus Seniorenwohnhäusern, Seniorenheimen, Pflegeabteilungen, Freizeit- und Gemeinschaftsräumen sowie einer Arztpraxis und einer Diätküche bestehen sollten.

Die Berliner CDU fordert, daß das Angebot in den Seniorenfreizeitstätten erweitert wird. Werknachmittage, Lesematerial, gesellige und unterhaltsame Veranstaltungen mit Musik und Kabarett sowie die Bildung von Interessengemeinschaften müssen zum Programm gehören.

Die Berliner CDU will ein umfangreiches Hilfsprogramm in die Wege leiten. Der Bereich der persönlichen Bedürfnisse umfaßt folgende Einzelmaßnahmen:

- die regelmäßige Versorgung der älteren behinderten Menschen mit warmen Mahlzeiten durch den fahrbaren Mittagstisch,
- Wäsche und Reinigungsdienste,
- kostenlose Telefonanschlüsse für alleinstehende, gebrechliche, einkommensschwache Bürger.

Zum Bereich der gesundheitlichen Versorgung gehören:

- vermehrte Einrichtungen von fahrbaren und Diätmittagsdiensten,
- Hauspflegedienste,
- der Ausbau der Beratungen für Alterskrankheiten.

Die Berliner CDU fordert:

- eine sinnvolle unentgeltliche Beschäftigung von Senioren in Form von Gruppenarbeit in Seniorenfreizeitstätten;
- den verstärkten Einsatz von Beschäftigungstherapeuten oder Werkleiter in Seniorenklubs;
- die Zusammenfassung von Interessierten zu musischen und literarischen Zirkeln.

Die Berliner CDU befürwortet die Wahl von Seniorenbeiräten für geeignete kommunale und soziale Einrichtungen und Aufgabengebiete.

Die Berliner CDU will sich dafür einsetzen, daß Briefe mit Anleitungen zum verkehrsgerechten Verhalten verschickt und Filmvorführungen und Stadtrundfahrten für ältere Bürger verstärkt durchgeführt werden.

In der Nähe von Altenwohnheimen, Heimen und kulturellen Zentren muß die Sicherheit der Straßenübergänge erhöht und vervollständigt werden.

118. Kulturelle Betreuung

Viele ältere Bürger sind stark daran interessiert, am kulturellen Geschehen teilzunehmen. Vielen ist das jedoch wegen zu weiter Anfahrtswege zu den kulturellen Zentren — besonders in den Abendstunden — zu beschwerlich. Hier muß ein Ausgleich gefunden werden.

119. Erholung

Die Stabilisierung oder Besserung des körperlichen Befindens als Erholungserfolg ist für ältere Menschen besonders bedeutsam. Neue Eindrücke und das Erlebnis der Gemeinschaft während der Erholungszeit können für viele sonst isoliert lebende ältere Menschen eine echte Hilfe werden.

Dabei ist sicherzustellen, daß entsprechende klimatische und ernährungsmäßige Voraussetzungen gegeben sind und ärztliche Betreuung gewährleistet ist.

Die Berliner CDU fordert:

- kulturelle Veranstaltungen mit einem breitgefächerten Angebot sind vermehrt in den Nachmittagsstunden durchzuführen,
- die Förderung bereits bestehender Interessengemeinschaften,
- fahrbare Volksbüchereien,
- Programme der Volkshochschulen auch für Altenheime und Wohnheime,
- die Bereitstellung von Transportmitteln, die dem älteren Bürger die Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen ermöglichen.

Die Berliner CDU fordert:

- die Verstärkung der Stadtrand- oder Tageserholung für diejenigen, die aus gesundheitlichen Gründen keine Reise antreten können;
- die Übernahme von Kosten für Erholungsreisen von mindestens drei Wochen für Sozialhilfeempfänger;
- preisgünstige Reisen in bewährte Erholungsgebiete für andere Personengruppen;
- Erholungsaufenthalte zwischen Weihnachten und Neujahr für Alleinstehende.

XIV. Soziale Hilfen

120. Grundsätze

Im Sozialbereich gilt der Grundsatz der partner-schaftlichen Behandlung von Hilfesuchenden. Sozialleistungen müssen so bemessen sein, daß sie dem Betroffenen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Hierbei ist darauf zu achten, daß die ständigen Preissteigerungen die Einkommensverhältnisse der sozial Schwachen nicht besonders stark verschlechtern.

121. Obdachlosenhilfe

In unserer Stadt gibt es — wie überall — Familien, die unverschuldet in Not geraten und dadurch obdachlos geworden sind. Sie haben Anspruch auf die Hilfe der Gemeinschaft.

Die Berliner CDU fordert, daß die Sozialverwaltung in den Bezirken in ihrer Organisation, Arbeitsmethode und Struktur den heutigen Erfordernissen der Gesellschaft angepaßt wird.

Sie wird sich dafür einsetzen, daß die Regelsätze der Sozialhilfe stets den Lebenshaltungskosten entsprechen.

Die CDU hält ausreichende und bedarfsgerechte Hilfen für Einkommensschwache für zwingend erforderlich. Einmalige Zuwendungen bei besonderen Notlagen sollten möglichst unbürokratisch und schnell gewährt werden.

Im Rahmen des geltenden Sozialhilferechts wird sich die Berliner CDU besonders um eine Anhebung des Mehrbedarfs für ältere Bürger bemühen. Die Lastenausgleichsleistungen der Geschädigten müssen schneller ausgezahlt werden. In gleicher Weise strebt die CDU ein besseres Verfahren für die Häftlingshilfe an.

Die Berliner CDU hält eine Verbesserung der Obdachlosenhilfe für erforderlich. Ihr Ziel ist es, die Verhütung von Obdachlosigkeit durch vorbeugende Maßnahmen zu erreichen.

Für in Not geratene Familien ist folgendes Hilfsprogramm erforderlich:

- die Beschaffung von Wohnungen für wieder-eingliederungsfähige oder nicht resozialisierungsbedürftige Familien;
- die Schaffung differenzierter Obdachlosenhilfe, in denen die jeweiligen Familienverhältnisse und der Grad der Anpassungsfähigkeit berücksichtigt werden können;
- ausreichende soziale Betreuung in den Obdachlosenhäusern unter besonderer Berücksichtigung der schulpflichtigen Kinder;
- Maßnahmen zur Eingliederung schulentlassener Jugendlicher in das Berufsleben.

Die CDU fordert die Gewährung öffentlicher Mittel an die Verbände der freien Wohlfahrtspflege für eine entsprechende Obdachlosenfürsorge. Dabei ist an eine Stiftung gedacht, die staatlich subventioniert wird und im Billigkeitswege Leistungen gewährt.

122. Betreuung und Versorgung Behinderter, Rehabilitation

Die Eingliederung körperlich, geistig oder seelisch Behinderter in die Gesellschaft und die Arbeitswelt gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Sozialpolitik.

Es muß dafür gesorgt werden, daß auch diese Gruppe ihre Kräfte und Fähigkeiten entfalten kann und ihren angemessenen Platz in der Gesellschaft findet.

Die Berliner CDU fordert:

- die Beteiligung von Eltern behinderter Kinder am Landesausschuß für die Eingliederung und Wiedereingliederung Behinderter,
- besondere Vorsorgeuntersuchungen bei zu erwartenden Risikogeburten,
- die obligatorische Vorsorgeuntersuchung für alle dreijährigen Kinder und deren Nachweis gegenüber den Gesundheitsbehörden,
- die räumliche Zusammenfassung der derzeitigen Dienststellen zur Betreuung Behinderter auf Bezirksebene und ihre Zuordnung zu einem Therapiezentrum,
- die Errichtung zunächst eines Diagnosezentrums zur Früherkennung von Behinderungen, das gutachtliche Stellungnahmen abgibt und notwendige Kontrolluntersuchungen vornimmt,
- die Festsetzung einer Fallzahl pro Sozialarbeiter in der Behindertenfürsorge, die die Erstellung und Fortschreibung der gesetzlich festgelegten Heil- und Eingliederungspläne gewährleistet,
- den verstärkten Ausbau von Rehabilitationsmöglichkeiten im sozialen und medizinischen Bereich,
- die Zusammenfassung aller Möglichkeiten in einem allumfassenden Rehabilitationszentrum,
- vordringlich die Einrichtung eines Gemeinde- und Kulturzentrums für Gehörlose,
- eine verstärkte Wohnraumbeschaffung für Behinderte, die ihren Haushalt selbständig führen, wegen der Art ihrer Behinderung aber nicht jede Wohnung beziehen können,
- Behindertenwohnheime mit besonderer Betreuung für unselbstständige Behinderte,
- den Ausbau besonderer Heime für nicht gemeinschaftsfähige Behinderte,
- die Erweiterung der Arbeitsplatzkapazität für Behinderte ab 21 Jahren in den Berliner Werkstätten für Behinderte (BWB); die Aufnahme aller gemeinschaftsfähigen Behinderten in die BWB bei gleichzeitiger Differenzierung des Arbeitsplatzangebotes entsprechend den Behinderungsarten,
- die Einführung eines Mindestgrundlohns in den BWB, der es den Behinderten ermöglicht, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten,

XV. Innere Sicherheit

123. Grundsätze

Feinde der Demokratie bedrohen in zunehmendem Maße unsere verfassungsmäßige Ordnung von innen und außen und damit unser aller Freiheit.

Diese Bedrohung fordert ein stärkeres Eintreten aller Demokraten für unseren demokratischen Rechtsstaat. Ein formales Bekenntnis zur Demokratie allein genügt hier nicht.

Unsere freiheitliche Ordnung kann nur durch Bereitschaft zur aktiven Auseinandersetzung mit allen antidemokratischen Kräften wirkungsvoll gesichert werden.

124. Bekämpfung der Kriminalität

Mit Sorge betrachtet die Berliner CDU das ständige Steigen der Kriminalität bei gleichzeitig sinkender Aufklärungsquote. Dieser Entwicklung muß Einhalt geboten werden. Neben pädagogischer und publizistischer Einwirkung sind sinnvolle Reformen im Bereich von Strafverfolgung und Polizei notwendig.

125. Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Die ständigen Übergriffe und Gewaltakte an der Mauer sind ein Verstoß gegen die Menschenrechte und ein unerträglicher friedensgefährdender Rechtsbruch im Herzen Europas.

126. Freiwillige Polizeireserve

Die Freiwillige Polizeireserve in Berlin verkörpert den Willen vieler Bürger, unseren demokratischen Staat und seine verfassungsmäßige Ordnung mit persönlichem Einsatz zu schützen.

127. Demonstrationsrecht

Demonstrationen und Versammlungen sind für jede Demokratie unentbehrliche Formen freier Meinungsäußerung. Diese Freiheiten zu schützen, ist Aufgabe staatlicher Ordnung und jedes einzelnen Bürgers. Mißbräuchen dieser Rechte ist jedoch schärfer als bisher entgegenzutreten.

128. Ein modernes Berufsbild für unsere Polizei

Die Bedrohung unserer Gesellschaftsordnung durch radikale Gruppen und die steigende Kriminalität stellen die Polizei vor besondere Aufgaben. Der Polizeidienst ist schwerer geworden. Er muß attraktiver gemacht werden.

129. Katastrophenschutz

Im Falle einer Katastrophe hat jeder Bürger Anspruch auf Schutz und wirksame Hilfe.

— die Bildung einer Kommission, in der Vertreter der BWB, der Industrie und des Senats durch eine kontinuierliche Vermittlung von Aufträgen der Wirtschaft und der öffentlichen Hand die Konjunkturabhängigkeit der BWB sichern sollen.

Im öffentlichen Dienst darf nur tätig sein, wer für unsere freiheitliche Grundordnung eintritt.

Die Berliner CDU fordert, daß Senat, Verwaltung und alle öffentlich-rechtlichen Einrichtungen des Landes Berlin diesen Grundsatz bei ihren personellen Entscheidungen stets uneingeschränkt berücksichtigen.

Deshalb ist die Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Partei oder Organisation mit der Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst unvereinbar.

Insbesondere in Schulen und Hochschulen sind verstärkt Maßnahmen gegen verfassungsfeindliche Gruppen einzuleiten.

Die Subventionierung verfassungsfeindlicher und gesetzwidriger Aktionen aus Steuermitteln muß aufhören. Bei nachträglicher Feststellung, daß öffentliche Mittel zweckentfremdet ausgegeben wurden, sind diese Gelder von den Verantwortlichen zurückzufordern.

Das Strafverfolgungsrecht muß überprüft werden mit dem Ziel, Möglichkeiten der Prozeßverschleppung und der mißbräuchlichen Ausnutzung von Verfahrensrechten abzubauen.

Die Polizei ist von Nebenaufgaben zu entlasten. Der unkontrollierte Zugang illegal einreisender Ausländer muß beendet werden.

Die CDU unterstützt die bundesweiten Bemühungen, unbesetzte Stellen in der Polizei alsbald aufzufüllen.

Die Polizei muß ferner die modernste Ausrüstung, entsprechend den technischen Möglichkeiten, erhalten. Dazu gehört auch die laufende Überprüfung, Ergänzung und Erneuerung polizeilicher Einrichtungen und Unterkünfte.

Der Neubau eines Polizeipräsidiums sollte jedoch den Schlüsselstein eines Bauprogramms für die Polizei bilden.

Die Machthaber in Ost-Berlin müssen für ihre Übergriffe und Gewaltakte in der internationalen Öffentlichkeit angeprangert werden. Dafür bietet sich u. a. das Forum der Vereinten Nationen an. Gleichzeitig ist jede Anstrengung zu unternehmen, um solche Rechtsbrüche mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern.

Die Berliner CDU will die Freiwillige Polizeireserve fördern und die dort vorhandenen Möglichkeiten polizeilichen Dienstes ausschöpfen. Sie ist bereit, die dafür gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Die Berliner CDU will durch Gesetz festlegen, daß die Veranstalter von Demonstrationen und Versammlungen die Gewähr für ihren gesetzmäßigen Ablauf geben müssen. Diese Gewähr ist insbesondere durch Ordner sicherzustellen. Wer bei Demonstrationen Schaden erleidet, hat außer gegen den Täter auch gegen den Veranstalter Anspruch auf Schadenersatz, sofern dieser nicht die notwendigen Vorsorge- und Abwehrmaßnahmen zur Verhinderung von Schäden getroffen hat.

Die erhöhten Anforderungen des Polizeidienstes müssen nach Ansicht der Berliner CDU auch in der Besoldungsordnung berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang fordert sie für die Schutz- und Kriminalpolizei eine nur noch zweigeteilte Laufbahn.

Wie für andere Berufe, verlangt die CDU auch für alle Polizeibedienstete die Möglichkeit einer ständigen berufsbegleitenden Weiterbildung.

Jeder befähigte Polizeibeamte muß die Möglichkeit haben, die Fachhochschulreife zu erwerben und sich über ein Prädikatsexamen für ein Studium an einer Fachhochschule oder für ein sonstiges Studium an der Universität zu qualifizieren.

Alle Examina an polizeilichen Bildungsstätten sind den Prüfungen an entsprechenden allgemeinen Schulen oder Hochschulen gleichzustellen. Dabei muß die Gleichheit der Anforderungen der Gleichheit der Chancen entsprechen.

Exekutivbeamte, denen die Ausübung ihres Dienstes aus zwingenden Gesundheitsgründen oder aus sonstigen unausweichlichen Gegebenheiten nicht mehr möglich ist, sind unter Wahrung ihres sozialen Besitzstandes auf Antrag in die allgemeine Verwaltung zu übernehmen. Die berufsbegleitende Weiterbildung ist so auszurichten, daß ein möglichst reibungsloser Übergang ermöglicht wird.

Die Berliner CDU unterstützt alle Bemühungen, ein modernes System der Gefahrenabwehr zu schaffen. Sie tritt dafür ein, die Zivilschutzplanung in Berlin zügig und konsequent auszubauen.

Ziel der CDU ist es, die Berliner Feuerwehr auf ihrem heutigen modernen Stand zu halten und entsprechend den technischen Möglichkeiten ständig zu erneuern.

Die in einem Organisationsgutachten von der Senatsverwaltung für Inneres vorgeschlagenen Einschränkungen des Brandschutzes werden von der CDU abgelehnt.

Die Einrichtung der Freiwilligen Feuerwehr und anderer Hilfsorganisationen sind besonders zu unterstützen.

XVI. Justizreform

130. Vereinfachung des Verfahrens

Das Verfahrensrecht und die Verfahrensweise der Gerichte verschiedener Zweige unterscheiden sich in zahlreichen Punkten voneinander, ohne daß dies in jedem Fall sachlich begründet wäre. Diese Verschiedenheiten erschweren es dem rechtsuchenden Bürger, seine Rechte geltend zu machen.

Die verschiedenen Gerichtszweige unterstehen verschiedenen Ministerien. Dies erscheint zum Teil verfassungsrechtlich bedenklich und führt zu Uneinlichkeiten im Verfahren.

Durch die lange Dauer der Prozesse erhält der Bürger oft erst nach Jahren Rechtsschutz.

131. Richterstand

Die Persönlichkeit des Richters ist entscheidend für die Qualität der Rechtsprechung. Diese hat im demokratischen Staat die Rechtsordnung zu bewahren sowie das Recht im Rahmen der vom Gesetzgeber getroffenen Wertentscheidungen fortzubilden. Ein politisches Mandat zur Rechtssetzung steht der rechtsprechenden Gewalt nicht zu.

Um die personelle Zielsetzung der Justizreform zu erreichen, muß das Berufsbild des Richters konsequent fortentwickelt werden.

132. Der Staatsanwalt

Die an Gesetz und Recht orientierte Tätigkeit des Staatsanwalts ist eine Voraussetzung einer gerechten und unabhängigen Strafrechtspflege.

Die Staatsanwaltschaft ist heute nach ihrer personellen und organisatorischen Ausstattung, Arbeitsbelastung und speziellen Ausbildung selten in der Lage, die Ermittlungen von Anfang an selbst zu leiten.

Häufig wird die Anklage in der Hauptverhandlung nicht von dem ermittelnden Staatsanwalt vertreten. Zur Verfolgung von Wirtschaftsstraftaten und für den gesamten Bereich der Wirtschaftskriminalität stehen nicht genügend Spezialisten zur Verfügung.

133. Der Rechtsanwalt

In Berlin werden Rechtsanwälte zunächst beim Landgericht, nicht aber zugleich auch beim Kammergericht zugelassen. Die Zulassung zum Notariat erfolgt erst nach zwölfjähriger Tätigkeit als Rechtsanwalt.

134. Juristische Ausbildung

Gegenwärtig muß der Volljurist seine Befähigung durch die wissenschaftliche Referendarprüfung und die praktische Assessorprüfung nachweisen. Die Möglichkeit einer einstufigen, Theorie und Praxis verbindenden Ausbildung besteht bisher nicht.

Die Nachbarggebiete des Rechts und seine Hilfswissenschaften werden in der Ausbildung nicht genügend berücksichtigt.

Der Referendar hat keine Möglichkeit zu eigenständigem und verantwortlichem Arbeiten.

Die Prüfungen sind weitgehend praxisfern.

135. Strafvollzug

Der heutige Strafvollzug wird der Notwendigkeit nicht gerecht, den besserungsfähigen und besserungswilligen Verurteilten in die Rechtsgemeinschaft wieder einzugliedern. Die Methoden des Strafvollzugs sind veraltet. Sie tragen modernen sozialpädagogischen und psychotherapeutischen Erkenntnissen nicht genügend Rechnung. Die Vollzugsanstalten können nach ihrer personellen und technischen Ausstattung ihrem Auftrag nur ungenügend gerecht werden.

Die Berliner CDU fordert, alle Zweige der Gerichtsbarkeit einem Rechtspflegeministerium zu unterstellen.

Die Verfahren der verschiedenen Gerichtszweige sind durch den Bundesgesetzgeber soweit als möglich zu vereinheitlichen. Die bei den Berliner Gerichten anzutreffenden Unterschiede in der Art des Verfahrens in technischer und organisatorischer Hinsicht sollen möglichst beseitigt werden.

Die CDU will darauf hinwirken, daß es durch bundesgesetzliche Regelungen zur Beschleunigung der Verfahren kommt, wobei in erster Linie auf die Einhaltung sinnlos gewordener Formalitäten zugunsten einer größeren Dispositionsfreiheit des Richters im Einzelfall verzichtet werden sollte.

Durch eine technische Ausstattung der Gerichte und durch den Abbau veralteter Arbeitsmethoden sollten die Prozesse beschleunigt werden.

Die Berliner CDU fordert:

Der zukünftige Richter soll nicht Laufbahnrichter sein. Zum Richter auf Lebenszeit sollte künftig vorrangig berufen werden, wer zunächst als Staatsanwalt, Rechtsanwalt, Verwaltungs- und Wirtschaftsjurist Erfahrungen gesammelt hat. Diesem Ziel soll eine besondere Besoldungsordnung für Richter dienen.

Die Unabhängigkeit des Richterwahlausschusses will die CDU durch erhöhte Beteiligung von Richtern stärken.

Die Berliner CDU fordert:

Weisungen dürfen die Pflicht des Staatsanwalts, nach Gesetz und Recht über die Verfolgung strafbarer Handlungen zu entscheiden, nicht beeinträchtigen.

Es muß die Möglichkeit geben, daß der Staatsanwalt die Ermittlungen von Anfang an leiten und Weisungen sofort erteilen kann.

Um die Wirksamkeit der Ermittlungsbehörden zu erhöhen, fordert die Berliner CDU, daß

- Staatsanwälte eine spezielle kriminologische Ausbildung erhalten;
- die personelle Ausstattung für die Verfolgung der Wirtschaftskriminalität verbessert wird;
- der Staatsanwalt die Anklage auch in der Hauptverhandlung vertritt, der die Ermittlungen geführt hat.

Die Berliner CDU fordert:

- Wer als Rechtsanwalt in Berlin zugelassen wird, ist gleichzeitig für das Landgericht und das Kammergericht zuzulassen.
- Rechtsanwälte sollen bereits nach sechs Jahren das Notariat erhalten können.

Die Berliner CDU fordert eine Verkürzung und Intensivierung der juristischen Ausbildung.

Dies soll dadurch geschehen, daß neben der bestehenden zweistufigen Ausbildung die Möglichkeit gegeben wird, eine einstufige Ausbildung zu wählen. Sie könnte Theorie und Praxis sinnvoll vereinen.

Die Ausbildung soll auch inhaltlich verbessert werden und in verstärktem Maße die Verflechtung des Rechts mit den Nachbargebieten und seine Stellung in der Gesellschaft berücksichtigen sowie das kritische Verständnis für das Recht und seine Fortentwicklung vermitteln.

Die praktische Ausbildung soll intensiviert werden, der Referendar soll als verantwortlicher Mitarbeiter behandelt werden.

Die Berliner CDU fordert eine grundlegende Reform des Strafvollzugs. Einen Schwerpunkt bildet die Personalisierung.

Sie ist durch Errichtung geschlossener, halboffener und offener Vollzugsanstalten sowie durch den Ausbau bestehender Anstalten wirksamer zu fördern.

Der Vollzug der Freiheitsstrafen soll in der Regel nach Gruppen differenziert vorgenommen werden, wobei Erst- und Mehrfachbestrafte im Strafvollzug möglichst zu trennen sind. Ebenso ist die Errichtung sozialtherapeutischer Anstalten verstärkt zu betreiben.

Arbeit und Freizeit der Gefangenen müssen der Erziehung zur Verantwortung und Lebenstüchtigkeit dienen. Dabei ist verstärkt darauf zu achten, daß die so erzielten Erfolge nicht wieder zunichte gemacht werden, weil die Gefangenen die Möglichkeiten zur Begehung von Straftaten während des Vollzugs nicht haben (Rauschgifthandel, Ausbrüche).

Das Entlohnungssystem soll schrittweise auf der Grundlage der tatsächlich erbrachten Arbeit so gestaltet werden, daß der Gefangene in der Lage ist, von seinem Lohn zu den Haftkosten, zum Unterhalt seiner Familie und zur Wiedergutmachung des angerichteten Schadens beizutragen.

In die Sozialgesetzgebung ist ein Mindestmaß an sozialen Rechten für die Gefangenen aufzunehmen. Dies gilt insbesondere hinsichtlich sozialversicherungsrechtlicher Ausfallzeiten. Die sozialpädagogische Betreuung in den Anstalten sowie die Berufs- und Erwachsenenbildung sind so auszurichten, daß die Gefangenen nach ihrer Entlassung eine vollwertige Berufstätigkeit aufnehmen können. Die Wiedereingliederung des Verurteilten in das Gemeinschaftsleben nach seiner Entlassung ist durch ein bereits während der Vollstreckung einsetzendes und nach der Entlassung fortwirkendes System der Straffälligenhilfe zu gewährleisten.

Die Möglichkeiten der Gefangenenbetreuung durch Patenschaften sind zu fördern. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, die Bewährungshilfe verstärkt auszubauen.

Die Verhältnisse im Polizeigewahrsam sind so zu verbessern, daß eine angemessene Unterbringung der Festgenommenen möglich wird.

136. Vertragshilfe, Rechtsantragstellen, Rechtsberatung, Rechtskundeunterricht

Bei einer Vielzahl von Verträgen auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts steht der einzelne Bürger wirtschaftlich stärkeren Vertragspartnern gegenüber. Da er zudem nicht über genügend Rechtskenntnisse verfügt, hat er häufig Rechtsnachteile.

Die Unterrichtung und Beratung der Bürger in Rechtsangelegenheiten ist unzureichend.

Die bei den Rechtsantragstellen tätigen Bediensteten sind überlastet. Deshalb können Rechtsuchende vielfach erst nach langem Warten ihre Anträge stellen.

Die Berliner CDU hält eine Verbesserung der Sozialarbeit in der Jugendstrafanstalt und der Jugendarrestanstalt mit dem Ziel für notwendig, daß Sozialarbeiter einen größeren Einfluß auf den Jugendstrafvollzug erhalten. Hierzu gehört auch eine bessere personelle Ausstattung an den genannten Einrichtungen und ein größerer finanzieller Anreiz für diese Berufsgruppe.

Die Berliner CDU fordert:

Um den Interessen beider Vertragspartner besser gerecht zu werden, sind für die wichtigsten Rechtsgeschäfte des täglichen Lebens Formularvertragsmuster zu schaffen. Kontaktpunkte des Bürgers sind die Rechtsantragstellen bei den Amtsgerichten, die jedoch dringend einer besseren sachlichen und personellen Ausstattung bedürfen.

Die Rechtsberatung für einkommensschwache Bürger muß durch eine bessere Ausstattung der Beratungsstellen der Bezirksämter und durch die Unterstützung der Beratungsstellen des Anwaltsvereins verbessert werden.

Die Berliner CDU vertritt die Auffassung, daß zu wenig Bürger über das Rechtswesen unterrichtet sind. Sie fordert deshalb, den Rechtskundeunterricht in den Schulen auszubauen und wirksamer zu gestalten.

XVII. Verwaltungsreform

137. Der öffentliche Dienst

Organisation und Praxis der öffentlichen Verwaltung sind reformbedürftig. Ihre Aufgaben und die technologischen Erfordernisse haben sich gewandelt.

Eine Neuordnung des Rechts des öffentlichen Dienstes soll zusammen mit der Reform der Verwaltung erfolgen.

138. Grundsätze für den öffentlichen Dienst

Gegenwärtig ist bei Einstellungen und Beförderungen im öffentlichen Dienst nicht immer die Leistung entscheidend. Vielfach geben sachfremde parteipolitische Gründe bei der Besetzung von Verwaltungsstellen den Ausschlag. Das starre Laufbahnsystem bewirkt, daß tüchtige Bedienstete oft ihren Leistungen nicht entsprechend eingestuft werden können. Andererseits werden Stellen oft und ohne Übertragung eines höheren Verantwortungsbereichs angehoben.

Die Berliner CDU fordert, daß bei Einstellungen und Beförderungen im öffentlichen Dienst allein Eignung, Vor- und Fortbildung und Leistung maßgebend sind.

Die Anzahl derjenigen Ämter, für deren Inhaber eine über die allgemeine Loyalitätspflicht hinausgehende Übereinstimmung mit den Zielsetzungen der jeweiligen politischen Spitze berechtigterweise gefordert wird, ist ihrem wirklichen Bedürfnis entsprechend und unabhängig vom Rang des Amtes festzulegen und damit aber strikt und endgültig zu begrenzen.

Das starre Laufbahnsystem muß überwunden werden. Die Besoldung ist leistungsbezogen zu gestalten. Bei gleichen Leistungen müssen gleiche Bezüge gewährt werden. Die leistungsbezogene Besoldung wird ergänzt durch einen familienbezogenen Zusatzbetrag. Die Anfangsbezüge sollen den Endbezügen angenähert werden.

Die Beamten stehen im Dienst der Allgemeinheit. Mit dieser, auf das Allgemeinwohl gerichteten Tätigkeit ist ein Streikrecht unvereinbar. Der Beamte hat aber einen Anspruch darauf, daß Besoldung und Versorgung ständig der allgemeinen Entwicklung angepaßt werden.

139. Verwaltungsstruktur

Ziel der Verwaltungsreform ist auch eine veränderte Verwaltungsstruktur. Sie soll die Leistungsfähigkeit der Verwaltung steigern. Die heutige Verwaltung ist für den Bürger nicht übersichtlich genug. Die Zuständigkeiten sind oft unklar. Die Verwaltungsverfahren sind durch unnötige gesetzliche Festlegungen vielfach schwerfällig. Die Planung ist unzureichend.

Die Berliner CDU fordert klare Zuständigkeiten mit funktionaler Abgrenzung. Das Ziel muß sein, einen Sachverhalt möglichst durch eine Verwaltung zu bearbeiten.

Die hierarchische Organisationsform muß durch Schwerpunktbildung sowie durch Gruppenarbeit über mehrere Fachbereiche hinaus überwunden werden. Teamarbeit und Delegation sind Formen moderner Verwaltungsführung.

Zur Vermeidung von Fehlinvestitionen ist eine längerfristige Planung anzustreben. Bei der Durchführung von Großobjekten ist die Verwaltung an die festgelegte Planung grundsätzlich gebunden. Durch Einführung von Erfolgskontrollen ist das Verhältnis von Aufwand und Nutzen in der Verwaltung ständig zu überprüfen.

Das Verwaltungsverfahren muß flexibel gestaltet werden.

Qualifizierte Fachkräfte sollen häufiger in Wirtschaft und Verwaltung wechselseitig eingesetzt werden können.

140. Elektronische Datenverarbeitung in der öffentlichen Verwaltung

Die moderne Verwaltung verlangt neue technische Methoden. Dabei gewinnt die Nutzung der Möglichkeiten der elektronischen Datenverarbeitung zentrale Bedeutung. Der Computer wird zum Mitarbeiter. Durch diese weitgehende Verwaltungsrationalisierung und -automation entstehen aber auch soziale Probleme für bestimmte Gruppen von Beschäftigten.

Rationalisierung muß zu sparsamer Verwendung von Steuermitteln und zur Einsparung von Personal führen. Dem betroffenen Verwaltungsangestellten ist an anderer Stelle im öffentlichen Dienst ein geeigneter Arbeitsplatz anzubieten.

Die Berliner CDU fordert:

- Das Landesamt für elektronische Datenverarbeitung ist in eine selbständige Zentrale für elektronische Datenverarbeitung umzuwandeln. Der Aufgabenbereich dieser Zentrale soll alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung umfassen.
- Die Zentrale für elektronische Datenverarbeitung soll den Einsatz der bestehenden EDV-Anlagen koordinieren.
- Alle in Berlin zu errichtenden Datenbanken sind mit in Bund und Ländern bestehenden oder zu schaffenden Datenbanken im Verbund aufzubauen.

141. Reform der Bezirksverwaltung

Die Bezirksverwaltung als dezentralisierte Verwaltungseinrichtung muß nach bewährten Grundsätzen kommunaler Selbstverwaltung geführt werden. Die Zuständigkeitsregelungen dürfen nicht dogmatisch festgeschrieben werden.

Die Berliner CDU setzt sich dafür ein, daß die Bezirksverwaltung als dezentralisierte Verwaltungseinrichtung nach bewährten Grundsätzen kommunaler Selbstverwaltung geführt wird. Es ist zu gewährleisten, daß Zuständigkeitsregelungen einer bürgernahen, schnellen, sachgerechten und wirtschaftlichen Aufgabenerfüllung dienen, dazu gehört die bezirkliche Eigenverwaltung im Finanzhaushalt. Auch in den Bezirken muß die Personalauswahl ausschließlich nach strengen sachlichen Gesichtspunkten getroffen werden.